

Vorsorgereglement

Gültig ab 01.01.2024

Inhaltsverzeichnis

1. Verwendete Begriffe	5
2. Allgemeine Bestimmungen	6
2.1 Allgemeines	6
Art. 1 Name und Zweck	6
Art. 2 Schattenrechnung	6
Art. 3 Vorsorgepläne	6
2.2 Gemeinsame Bestimmungen zur Versicherungspflicht	6
Art. 4 Versicherungspflichtige Mitarbeitende	6
Art. 5 Ausschluss der freiwilligen Versicherung	7
Art. 6 Beginn des Versicherungsschutzes	7
Art. 7 Ende des Versicherungsschutzes	7
Art. 8 Gesundheitsprüfung	7
Art. 9 Unbezahlter Urlaub	8
Art. 10 Weiterversicherung nach dem 58. Geburtstag	8
Art. 11 Weiterführung des Vorsorgeschatzes bei Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber	8
2.3 Gemeinsame Bestimmungen zu den Versicherungsgrundlagen	9
Art. 12 Berechnung des massgebenden Alters	9
Art. 13 Referenzalter, Alter für vorzeitige und aufgeschobene Pensionierung	9
2.4 Gemeinsame Bestimmungen zum Einkauf von Vorsorgeleistungen	10
Art. 14 Einkauf von Vorsorgeleistungen beim Eintritt	10
Art. 15 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen	10
3. Rentenplan	11
3.1 Versicherungsgrundlagen	11
Art. 16 Anrechenbarer Jahreslohn	11
Art. 17 Koordinationsbetrag	11
Art. 18 Versicherter Lohn	11
3.2 Finanzierung	11
Art. 19 Beitragspflicht	11
Art. 20 Höhe der Beiträge	12
Art. 21 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen	12
Art. 22 Sparguthaben einer versicherten Person	12
Art. 23 Sparguthaben einer invaliden Person	12
Art. 24 Zinssatz für das Sparguthaben	12
3.3 Leistungen	13
Art. 25 Übersicht über die Leistungen	13
3.3.1 Altersleistungen	13
Art. 26 Altersrente	13
Art. 27 Garantierte Altersrente und Alterskapital	14
Art. 28 AHV-Ersatzrente	14
Art. 29 Vorzeitige Teilpensionierung	14
3.3.2 Hinterlassenenleistungen	15
Art. 30 Ehepartner- oder Lebenspartnerrente	15
Art. 31 Rente an geschiedene/-n Ehepartner/-in	16
Art. 32 Waisenrente	16
Art. 33 Todesfallkapital	16
3.3.3 Invalidenleistungen	17
Art. 34 Invalidenrente	17
Art. 35 Invaliden-Kinderrente	18
Art. 36 Beitragsbefreiung	18

3.4	Zusatzkonto zur Vorfinanzierung der vorzeitigen Pensionierung	18
Art. 37	Eröffnung eines Zusatzkontos	18
Art. 38	Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen auf das Zusatzkonto	18
Art. 39	Guthaben auf dem Zusatzkonto einer versicherten Person	19
Art. 40	Guthaben auf dem Zusatzkonto einer invaliden Person	19
Art. 41	Zinssatz für das Guthaben auf dem Zusatzkonto	19
Art. 42	Verwendung des Zusatzkontos	19
4.	Kapitalplan	20
4.1	Versicherungspflicht	20
Art. 43	Versicherte Personen	20
4.2	Versicherungsgrundlagen	20
Art. 44	Versicherter Lohn	20
4.3	Finanzierung	20
Art. 45	Höhe der Beiträge	20
Art. 46	Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen auf das Kapitalkonto	20
Art. 47	Guthaben auf dem Kapitalkonto einer versicherten Person	20
Art. 48	Guthaben auf dem Kapitalkonto einer invaliden Person	21
Art. 49	Zinssatz für das Guthaben auf dem Kapitalkonto	21
4.4	Leistungen	21
Art. 50	Übersicht über die Leistungen	21
4.4.1	Altersleistungen	21
Art. 51	Alterskapital	21
4.4.2	Invalidenleistungen	22
Art. 52	Invalidenrente	22
Art. 53	Beitragsbefreiung	22
4.4.3	Hinterlassenenleistungen	22
Art. 54	Ehepartner- oder Lebenspartnerrente	22
Art. 55	Todesfallkapital	22
5.	Austritt	23
Art. 56	Voraussetzung	23
Art. 57	Höhe der Austrittsleistung	23
Art. 58	Verwendung der Austrittsleistung	23
6.	Gemeinsame Bestimmungen zu den Leistungen	24
6.1	Koordination der Leistungen, Vorleistungen	24
Art. 59	Koordination der Leistungen	24
Art. 60	Sicherung der Leistungen, Vorleistung	25
6.2	Auszahlungsbestimmungen	25
Art. 61	Auszahlungsbestimmungen	25
6.3	Anpassung der laufenden Renten	25
Art. 62	Anpassung der laufenden Renten	25
6.4	Ehescheidung und Finanzierung von Wohneigentum	25
Art. 63	Ehescheidung	25
Art. 64	Vorbezug oder Verpfändung zur Finanzierung von Wohneigentum	26
7.	Finanzielles Gleichgewicht, Teilliquidation	28
Art. 65	Finanzielles Gleichgewicht	28
Art. 66	Teilliquidation	28

8. Organisation und Verwaltung	29
Art. 67 Organe, Schweigepflicht und Datenschutz	29
Art. 68 Zusammensetzung der Verwaltungskommission	29
Art. 69 Aufgaben der Verwaltungskommission	29
Art. 70 Beschlussfassung der Verwaltungskommission	30
Art. 71 Die Geschäftsführung	30
9. Informations- und Meldepflichten	31
Art. 72 Information der versicherten Personen	31
Art. 73 Auskunft- und Meldepflicht der versicherten Person	31
10. Übergangs- und Schlussbestimmungen	32
Art. 74 Übergangsbestimmungen	32
Art. 75 Übergangsbestimmungen zur Rentenberechtigung	33
Art. 76 Anwendung und Änderung des Vorsorgereglements	33
Art. 77 Rechtspflege	33
Art. 78 In-Kraft-Treten	33
Anhang	35
A 1 Höhe der Beiträge im Rentenplan	35
A 2 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen auf das Sparkonto im Rentenplan	36
A 3 Umwandlungssätze für verschiedene Pensionierungsalter	37
A 4 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen auf das Zusatzkonto im Rentenplan	38
A 5 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen auf das Kapitalkonto im Kapitalplan	39

1. Verwendete Begriffe

AHV	Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung	Kapitalkonto	Konto mit dem Guthaben der versicherten Person im Kapitalplan
AHV-Referenzalter	Das AHV-Referenzalter wird für Frauen mit Jahrgang 1964 und jünger sowie für Männer mit dem Ersten des Monats nach dem 65. Geburtstag erreicht. Für Frauen gelten die folgenden Übergangsbestimmungen in der AHV: – Frauen Jahrgang 1960 und älter: AHV-Referenzalter = 64 Jahre und 0 Monate – Frauen Jahrgang 1961: AHV-Referenzalter = 64 Jahre und 3 Monate – Frauen Jahrgang 1962: AHV-Referenzalter = 64 Jahre und 6 Monate – Frauen Jahrgang 1963: AHV-Referenzalter = 64 Jahre und 9 Monate	Kapitalplan	Vorsorgeplan, in welchem die AHV-pflichtigen, ausbezahlten variablen Vergütungen (Gratifikation) versichert sind
		MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung
		Referenzalter	Das Referenzalter wird am Monatsersten nach dem 65. Geburtstag erreicht
		Pensionskasse	Pensionskasse der Zürcher Kantonalbank
		Rentenbeziehende Person	Alle Personen, die gegenüber der Pensionskasse rentenberechtigt sind (einschliesslich solche im Rentenaufschub gemäss Art. 34 Abs. 2 sowie diejenigen Personen, denen infolge Überentschädigung gemäss Art. 59 oder Einmalzahlung gemäss Art. 27 keine Rentenzahlung ausgerichtet wird)
AHV	Verordnung über die Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung		
ATSG	Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts		
Bank	Zürcher Kantonalbank (ZKB) sowie mit ihr wirtschaftlich oder finanziell eng verbundene Firmen, die sich mittels einer Anschlussvereinbarung der Pensionskasse angeschlossen haben	Rentenplan	Basisvorsorgelösung, in welcher das Grundsalar (Jahreslohn) versichert ist und die versicherte Person aus drei Sparvarianten (Standard, Medium und Budget) wählen kann. Im Rentenplan werden ein Sparkonto und ein Zusatzkonto geführt
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge	Sparguthaben	Guthaben der versicherten Person auf dem Sparkonto
BVV2	Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge	Sparguthaben gemäss BVG	Guthaben der versicherten Person auf dem Sparkonto, welches nach den gesetzlichen Mindestvorschriften gebildet wird
Duoprivat	Die Altersleistungen basieren auf einem individuell geäußneten Sparguthaben, während die Risikoleistungen bei Tod und Invalidität in Prozent des versicherten Lohns berechnet werden	Sparkonto	Konto des Rentenplans, welchem die Sparbeiträge der versicherten Person gutgeschrieben werden
Eingetragener Partner oder eingetragene Partnerin	In eingetragener Partnerschaft lebende Personen gemäss Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft vom 18. Juni 2004 (Partnerschaftsgesetz) haben in diesem Reglement die gleiche Rechtsstellung wie verheiratete Personen. Wird im vorliegenden Statut von verheirateten Versicherten oder von Ehepartnern oder Ehepartnerinnen gesprochen, gilt dies sinngemäss auch für in eingetragener Partnerschaft lebende Personen	Standardplan	Standard-Vorsorgelösung im Rentenplan
		Swiss GAAP FER 26	Fachempfehlung zur Rechnungslegung von Vorsorgeeinrichtungen
		UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung
		Versicherte Person	In der Pensionskasse versicherte, aktive Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen der Bank
		WEFV	Verordnung über die Wohneigentumsförderung
FZG	Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Vorsorge	Zusatzkonto	Konto des Rentenplans mit dem Guthaben der versicherten Person zur Vorfinanzierung der Beseitigung der Rentenkürzung bei einer vorzeitigen Pensionierung
IV	Eidgenössische Invalidenversicherung		
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung		

2. Allgemeine Bestimmungen

2.1 Allgemeines

Art. 1 Name und Zweck

¹ Die Pensionskasse der Zürcher Kantonalbank (nachfolgend «Pensionskasse» genannt) ist eine rechtlich selbstständige Einrichtung des öffentlichen Rechts.

² Die Verwaltungskommission erlässt dieses Vorsorgereglement aufgrund von § 27 des Gesetzes über die Zürcher Kantonalbank unter Berücksichtigung der bundesrechtlichen Bestimmungen.

³ Die Pensionskasse bezweckt die Versicherung der Mitarbeitenden der Zürcher Kantonalbank sowie mit ihr verbundener Firmen, welche sich mittels eines Anschlussvertrags an die Pensionskasse angeschlossen haben (nachfolgend «Bank» genannt), gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod gemäss den Bestimmungen dieses Vorsorgereglements, wobei die Anhänge A 1 bis 5 einen integrierenden Bestandteil dieses Vorsorgereglements bilden.

⁴ Die Pensionskasse gewährleistet in jedem Fall die nach BVG vorgeschriebenen Mindestleistungen. Sie führt zu diesem Zweck für jede versicherte Person eine «Schattenrechnung», aus der das BVG-Sparguthaben und die Mindestansprüche gemäss BVG hervorgehen.

Art. 2 Schattenrechnung

¹ Die eingebrachte Austrittsleistung wird entsprechend der Meldung der vorherigen Vorsorgeeinrichtung dem BVG-Sparguthaben und dem überobligatorischen Guthaben gutgeschrieben.

² Muss im Rahmen einer Scheidung ein Teil der Austrittsleistung einer versicherten Person oder eines/-er Invalidenrentners/-in zugunsten des/der geschiedenen Ehepartners/-in übertragen werden, reduziert sich das BVG-Sparguthaben der versicherten Person bzw. des/der Invalidenrentners/-in anteilmässig, wobei die Invalidenrente gemäss BVG um den maximal möglichen Betrag gemäss Art. 19 Abs. 2 und 3 BVV2 gekürzt wird.

³ Erhält eine versicherte Person oder ein/-e Invalidenrentner/-in im Rahmen einer Scheidung die Übertragung einer Austrittsleistung oder eines Rentenanteils, wird diese entsprechend der Meldung der übertragenden Vorsorgeeinrichtung dem BVG-Sparguthaben und dem überobligatorischen Guthaben gutgeschrieben.

⁴ Bei einem Vorbezug gemäss Art. 64 reduziert sich das BVG-Sparguthaben der versicherten Person anteilmässig.

⁵ Bei der Rückzahlung eines Vorbezugs wird der BVG-Anteil dem BVG-Sparguthaben gutgeschrieben. Wurde ein Vorbezug vor dem 1. Januar 2017 getätigt und lässt sich der Anteil des BVG-Sparguthabens am vorbezogenen Betrag nicht mehr ermitteln, so wird der zurückbezahlte Betrag dem BVG-Sparguthaben im Verhältnis des BVG-Sparguthabens zum gesamten Sparguthaben zugewiesen.

⁶ Ein freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen hat keinen Einfluss auf die Höhe des BVG-Sparguthabens.

⁷ Wird die Austrittsleistung gemäss Art. 58 Abs. 1 auf verschiedene Freizügigkeitseinrichtungen aufgeteilt, wird das BVG-Sparguthaben ebenfalls anteilmässig auf die beiden Einrichtungen aufgeteilt.

Art. 3 Vorsorgepläne

¹ Im Rentenplan wird das Grundsalar (Jahreslohn) nach dem Prinzip des Duoprimats versichert.

² Der versicherten Person wird im Rentenplan die Möglichkeit geboten, aus drei Sparvarianten (Standard, Medium und Budget) auszuwählen. Jeweils mit Wirkung auf den 1. April bzw. beim Eintritt kann die versicherte Person die Sparvariante auswählen (vgl. Art. 20).

³ In Ergänzung zu diesen Leistungen wird der versicherten Person die Möglichkeit geboten, ein Zusatzkonto zu eröffnen und durch freiwillige Einkäufe die Rentenkürzung bei einer vorzeitigen Pensionierung auszukufen.

⁴ In den Kapitalplan wird die versicherte Person aufgenommen, sofern ihr eine AHV-pflichtige variable Vergütung (Gratifikation) ausbezahlt wird. Auf der variablen Vergütung werden in diesem Fall Beiträge erhoben, welche dem Kapitalkonto gutgeschrieben werden. Der Kapitalplan ist ebenfalls nach dem Prinzip des Duoprimats aufgebaut. Auch im Kapitalplan besteht für die versicherte Person eine Wahlmöglichkeit bzgl. der Höhe der Sparbeiträge (vgl. Art. 45).

2.2 Gemeinsame Bestimmungen zur Versicherungspflicht

Art. 4 Versicherungspflichtige Mitarbeitende

¹ In die Pensionskasse werden, unter Vorbehalt von Abs. 2 dieses Artikels, alle AHV-pflichtigen Mitarbeitenden der Bank ab dem 1. Januar nach dem 17. Geburtstag aufgenommen.

² Nicht in die Pensionskasse aufgenommen werden Mitarbeitende

- a) deren AHV-pflichtiger Jahreslohn bei der Bank den Mindestlohn gemäss BVG nicht übersteigt;
- b) mit einem auf maximal drei Monate befristeten Arbeitsverhältnis; vorbehalten ist Abs. 3;

- c) die das AHV-Referenzalter bereits erreicht oder überschritten haben;
 - d) die im Sinne der IV zu mindestens 70% invalid sind oder die provisorisch nach Art. 26a BVG weiterversichert werden;
 - e) die nicht oder voraussichtlich nicht dauerhaft in der Schweiz tätig und im Ausland nachweisbar genügend versichert sind, sofern sie die Befreiung von der Aufnahme in die Pensionskasse schriftlich beantragen. Dies beinhaltet den Nachweis der Befreiung von der AHV-Pflicht.
- ³ Mitarbeitende mit befristeten Anstellungen oder Einsätzen sind der obligatorischen Versicherung unterstellt, wenn:
- das Arbeitsverhältnis ohne Unterbruch über die Dauer von drei Monaten hinaus verlängert wird. Die Aufnahme in die Pensionskasse erfolgt auf den Zeitpunkt, auf den die Verlängerung vereinbart wurde;
 - mehrere aufeinanderfolgende Anstellungen beim gleichen Arbeitgeber insgesamt länger als drei Monate dauern und kein Unterbruch drei Monate übersteigt. In diesem Fall sind die Mitarbeitenden ab Beginn des vierten Arbeitsmonats versichert. Wird jedoch vor dem ersten Arbeitsantritt vereinbart, dass die Anstellungs- oder Einsatzdauer insgesamt drei Monate übersteigt, so sind die Mitarbeitenden ab Beginn des Arbeitsverhältnisses versichert.
- ⁴ Bei Mitarbeitenden, welche im Stundenlohn angestellt sind und/oder mit unterjährigem Vorsorgeverhältnis, berechnet sich der in Abs. 2 lit. a erwähnte AHV-pflichtige Jahreslohn bei der Bank auf der Basis eines (hochgerechneten) Jahreslohnes. Im Jahr des Eintrittes wird der Jahreslohn von der Bank geschätzt. In den Folgejahren wird auf den Vorjahreslohn abgestellt.

Art. 5 Ausschluss der freiwilligen Versicherung

Mitarbeitende, die bei mehreren Firmen beschäftigt sind, werden für den AHV-pflichtigen Jahreslohn versichert, sofern dieser den Mindestlohn gemäss BVG übersteigt, den sie bei der Bank beziehen. Die freiwillige Mitversicherung vom Jahreslohn bei einer anderen Firma gemäss Art. 46 Abs. 1 BVG ist ausgeschlossen.

Art. 6 Beginn des Versicherungsschutzes

¹ Der Versicherungsschutz beginnt an dem Tag, an dem das Arbeitsverhältnis bei der Bank anfängt oder erstmals Lohnanspruch besteht, in jedem Fall aber im Zeitpunkt, da der Mitarbeitende sich auf den Weg zur Arbeit begibt, sofern die Voraussetzungen gemäss Art. 4 erfüllt sind.

² Die versicherte Person wird ab dem 1. Januar nach dem 17. Geburtstag für die Risiken Tod und Invalidität sowie für die Altersleistungen versichert.

³ Der Versicherungsschutz ist bis zum Abschluss der Gesundheitsprüfung provisorisch. Dies bedeutet, dass die Pensionskasse im Rentenplan bei Eintritt eines Ereignisses (Tod oder Arbeitsunfähigkeit, die zu einem späteren Zeitpunkt zur Invalidität oder Tod führt) während der Dauer des provisorischen Versicherungsschutzes nur die Mindestleistungen gemäss BVG erbringt. Die Pensionskasse macht die definitive Aufnahme vom Ergebnis der Gesundheitsprüfung gemäss Art. 8 abhängig. In den Kapitalplan wird eine versicherte Person erst aufgenommen, wenn sie im Rentenplan definitiv versichert ist. Im Kapitalplan sind somit bis zum Zeitpunkt der Mitteilung, dass kein Vorbehaltsgrund vorliegt resp. der Bekanntgabe eines Vorbehalts, keine Leistungen versichert.

Art. 7 Ende des Versicherungsschutzes

¹ Der Versicherungsschutz endet, mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses einer versicherten Person bei der Bank. Vorbehalten bleibt die Weiterführung des Vorsorgeschatzes gemäss Art. 11.

² Der Versicherungsschutz erlischt ebenfalls, wenn der Mindestlohn gemäss BVG nicht mehr erreicht wird, vorbehalten bleibt die Weiterführung des Vorsorgeschatzes gemäss Art. 11.

³ Die Ansprüche der austretenden versicherten Person werden durch die Art. 56 bis 58 geregelt.

⁴ Für die Risiken Tod und Invalidität bleibt der Versicherungsschutz bis zur Begründung eines neuen Vorsorgeverhältnisses bestehen, längstens aber während eines Monats nach Austritt aus der Pensionskasse.

Art. 8 Gesundheitsprüfung

¹ Die Pensionskasse verlangt von der versicherten Person vor dem Eintritt in die Pensionskasse eine schriftliche Erklärung über ihren Gesundheitszustand. Der versicherten Person wird der Gesundheitsfragebogen der Pensionskasse mit den Vertragsunterlagen durch die Bank zugestellt. Die versicherte Person hat in der schriftlichen Erklärung ebenfalls zu bestätigen, dass sie bereit ist, sich gegebenenfalls einer von der Pensionskasse angeordneten vertrauensärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

² Der versicherten Person wird nach Eingang des vollständig ausgefüllten Fragebogens innert 30 Tagen schriftlich bestätigt, wenn kein Vorbehaltsgrund vorliegt. Allfällige Vorbehalte und deren Dauer werden der versicherten Person sofort nach Klärung des Sachverhalts, spätestens aber drei Monate nach Eingang des vollständig ausgefüllten Fragebogens,

schriftlich mitgeteilt. Sie sind auf die vom Arzt festgestellten gesundheitlichen Beeinträchtigungen beschränkt. Bis zum Zeitpunkt der Mitteilung, dass kein Vorbehaltsgrund vorliegt, resp. der Bekanntgabe eines Vorbehalts beschränken sich im Rentenplan die Leistungsansprüche auf die Mindestansprüche gemäss BVG.

³ Verweigert die versicherte Person die Abgabe der schriftlichen Erklärung über den Gesundheitszustand oder die vertrauensärztliche Untersuchung, werden die versicherten Leistungen im Rentenplan auf die Mindestansprüche gemäss BVG herabgesetzt. Im Kapitalplan wird unter diesen Voraussetzungen eine Aufnahme der versicherten Person ausgeschlossen.

⁴ Stellt die Pensionskasse im Leistungsfall fest, dass die schriftliche Erklärung über den Gesundheitszustand unwahre oder unvollständige Angaben enthält (= Anzeigepflichtverletzung), kann die Pensionskasse innerhalb von drei Monaten nach Kenntnisnahme der Anzeigepflichtverletzung den überobligatorischen Vorsorgevertrag kündigen. Es kommen damit während der ganzen Laufzeit der Leistungen (einschliesslich anwartschaftliche Leistungen) keine überobligatorischen Leistungen im Renten- und Kapitalplan zur Auszahlung. Bereits bezahlte Beiträge werden nicht zurückerstattet.

⁵ Die Pensionskasse kann einen Vorbehalt für längstens fünf Jahre anbringen, wobei die bei der früheren Vorsorgeeinrichtung abgelaufene Zeit eines Vorbehaltes an die neue Vorbehaltsdauer angerechnet wird. Tritt während der Vorbehaltsdauer ein Ereignis (Tod oder Arbeitsunfähigkeit, die zu einer späteren Invalidität oder Tod führt) ein, für dessen Ursache ein Vorbehalt besteht, werden die Invaliditäts- und (anwartschaftlichen) Hinterlassenenleistungen aus dem Renten- und Kapitalplan auf die Mindestleistungen gemäss BVG lebenslänglich gekürzt. Die Vorsorgeleistungen, die mit der eingebrachten Austrittsleistung erworben wurden, dürfen nicht durch einen neuen Vorbehalt geschmälert werden. Das überobligatorische Sparguthaben wird während der Dauer der Invalidität bis zum Referenzalter einzig mit den Zinsen weitergeführt.

Art. 9 Unbezahlter Urlaub

¹ Bei einem unbezahlten Urlaub bis zu 4 Wochen wird das Vorsorgeverhältnis unverändert weitergeführt.

² Dauert der unbezahlte Urlaub länger als 4 Wochen, wird die Vorsorge während maximal 24 Monaten weitergeführt. Im Rentenplan werden das Spar- und Zusatzkonto beitragsfrei, aber mit Zinsen weitergeführt (Art. 19 gilt für die Beendigung bzw. den Beginn der Beitragspflicht bei Beginn bzw. Beendigung des unbezahltenurlaubes sinngemäss); die Bank

bezahlt die Risikobeiträge. Im Kapitalplan entrichten sowohl die versicherte Person als auch die Bank die Spar- und Risikobeiträge. Allfällige Sanierungsbeträge sind weiterhin von der versicherten Person und der Bank zu erbringen.

Art. 10 Weiterversicherung nach dem 58. Geburtstag

¹ Nach dem 58. Geburtstag kann die versicherte Person verlangen, sofern ihr Jahreslohn um höchstens 50% reduziert wird und sie keine Leistungen gemäss Art. 26 bis 29 bezieht, dass im Rentenplan die berufliche Vorsorge höchstens auf dem bisherigen versicherten Lohn weitergeführt wird. Dies ist im Kapitalplan nicht möglich.

² Das Weiterführen des bisherigen versicherten Lohns im Rentenplan ist höchstens bis zum Referenzalter möglich. Die versicherte Person hat dazu neben ihren Beiträgen zur Weiterführung des bisherigen versicherten Lohns auch die Differenz der Beiträge der Bank zum bisherigen versicherten Lohn an die Pensionskasse zu entrichten. Diese werden von der Bank direkt vom Jahreslohn in Abzug gebracht und der Pensionskasse überwiesen.

³ Die Weiterversicherung des versicherten Lohns endet bei einer Teilpensionierung oder sobald die versicherte Person ein zusätzliches Einkommen erzielt, das der obligatorischen Versicherung gemäss BVG untersteht. Sie hat dies der Pensionskasse unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

Art. 11 Weiterführung des Vorsorgeschutzes bei Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber

¹ Eine versicherte Person, die nach dem 58. Geburtstag aus der obligatorischen Versicherung ausscheidet, weil das Arbeitsverhältnis vom Arbeitgeber aufgelöst wurde, kann die Weiterführung ihres Versicherungsschutzes verlangen, sofern er auch in der AHV weiterhin versichert ist. Sie hat dies der Pensionskasse innert einem Monat nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses schriftlich zu melden. Verlangt sie die Weiterversicherung hat sie sich gleichzeitig zu entscheiden, ob das Sparguthaben durch Spargutschriften weiter aufgebaut werden soll oder nicht.

² Während der Weiterversicherung verbleibt die Austrittsleistung in der Pensionskasse, wird weiter verzinst und gegebenenfalls durch Spargutschriften weiter geäuft. Der Schutz gegen die Risiken Invalidität und Tod bleibt bestehen. Die versicherte Person ist – mit Ausnahme der besonderen Bestimmungen in den Abs. 3 bis 7 – während der Weiterversicherung den im gleichen Kollektiv aufgrund eines bestehenden Arbeitsverhältnisses versicherten Personen gleichgestellt und gleichberechtigt.

³ Basis für die Beiträge und Leistungen während der Weiterversicherung bildet im Rentenplan der unmittelbar vor der Weiterversicherung versicherte Lohn gemäss Art. 18. Der versicherte Lohn Sparen im Kapitalplan nach Art. 44 Abs. 1 ist während der Weiterversicherung Null. Der versicherte Lohn Risiko im Kapitalplan wird gemäss Art. 44 Abs. 2 berechnet. Die versicherte Person hat jedoch die Möglichkeit, den versicherten Lohn gemäss Art. 18 in maximal drei Schritten zu reduzieren, wobei die erste Reduktion mindestens 20 % betragen muss. Im Zeitpunkt der Lohnreduktion kann die versicherte Person die vorzeitige Teilpensionierung gemäss Art. 29 verlangen.

⁴ Die versicherte Person hat der Pensionskasse die gesamten reglementarischen Risikobeiträge (d.h. ihren Anteil und jenen des Arbeitgebers) zu entrichten. Wählt sie zusätzlich die Weiteröffnung des Sparguthabens, hat sie auch die gesamten reglementarischen Sparbeiträge (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) zu bezahlen.

⁵ Tritt die versicherte Person in eine neue Vorsorgeeinrichtung ein, wird die Austrittsleistung in dem Umfang an ihre neue Vorsorgeeinrichtung überwiesen, als sie für den Einkauf in die vollen reglementarischen Leistungen verwendet werden kann. Werden für den Einkauf maximal zwei Drittel der Austrittsleistung benötigt und kann oder will die versicherte Person den Rest nicht transferieren, verbleibt die restliche Austrittsleistung in der Pensionskasse und die Weiterversicherung wird in reduziertem Umfang weitergeführt. Die für die Weiterversicherung massgebenden versicherten Löhne nach Art. 18 und Art. 44 Abs. 2 werden im Verhältnis der übertragenen Austrittsleistung zur gesamten Austrittsleistung gekürzt.

⁶ Die Weiterversicherung endet

- bei Eintritt des Risikos Tod oder Invalidität (bei Teilinvalidität läuft die Weiterversicherung für den aktiven Teil weiter);
- bei Erreichen des Referenzalters;
- wenn die versicherte Person nicht mehr in der AHV versichert ist;
- bei Eintritt in eine neue Vorsorgeeinrichtung, wenn mehr als zwei Drittel der Austrittsleistung an die neue Vorsorgeeinrichtung übertragen werden. Kann nicht die gesamte Austrittsleistung in die neue Vorsorgeeinrichtung eingebracht werden, wird mit dem Rest die vorzeitige Pensionierung vollzogen.

Die Weiterversicherung kann durch die versicherte Person jederzeit, durch die Pensionskasse nur bei Vorliegen von Beitragsausständen gekündigt werden. Endet die Weiterversicherung, ausser bei einer

Überweisung der gesamten Austrittsleistung an eine neue Vorsorgeeinrichtung, werden die Altersleistungen fällig.

⁷ Hat die Weiterversicherung mehr als zwei Jahre gedauert, so kann die Austrittsleistung nicht mehr für selbstbewohntes Wohneigentum vorbezogen oder verpfändet und die Altersleistungen müssen im Rentenplan in Rentenform bezogen werden.

2.3 Gemeinsame Bestimmungen zu den Versicherungsgrundlagen

Art. 12 Berechnung des massgebenden Alters

Das für die Aufnahme sowie die Höhe der Beiträge massgebende Alter entspricht der Differenz zwischen dem laufenden Kalenderjahr und dem Geburtsjahr (= BVG-Alter).

Art. 13 Referenzalter, Alter für vorzeitige und aufgeschobene Pensionierung

¹ Das Referenzalter wird mit dem Ersten des Monats nach dem 65. Geburtstag erreicht.

² Eine vorzeitige Pensionierung ist frühestens ab dem Ersten des Monats nach dem 58. Geburtstag möglich.

³ Bewilligt die Bank auf besonderen Wunsch der versicherten Person eine Weiterbeschäftigung über das Referenzalter hinaus, ist ein Aufschub der Pensionierung oder eine Weiterführung der Vorsorge längstens bis zum Ersten des Monats nach dem 70. Geburtstag möglich, sofern der anrechenbare Jahreslohn den Mindestlohn gemäss BVG erreicht.

a) Aufschub der Pensionierung: Während des Aufschubs der Pensionierung werden keine Beiträge mehr erhoben.

b) Weiterführung der Vorsorge: Bis zur effektiven Pensionierung werden weiterhin Sparbeiträge gemäss Anhang A 1 erhoben. Bei einer Weiterbeschäftigung über das Referenzalter kommt prinzipiell die Weiterführung der Vorsorge zur Anwendung. Möchte die versicherte Person den Aufschub der Pensionierung oder die Pensionierung mit Erreichen des Referenzalters, hat sie dies der Pensionskasse spätestens einen Monat vor Erreichen des Referenzalters schriftlich mitzuteilen. Die Wahl der Variante kann ab Erreichen des Referenzalters nicht mehr verändert werden.

2.4 Gemeinsame Bestimmungen zum Einkauf von Vorsorgeleistungen

Art. 14 Einkauf von Vorsorgeleistungen beim Eintritt

- ¹ Beim Eintritt muss die versicherte Person sämtliche Freizügigkeitsleistungen aus früheren Vorsorgeverhältnissen (inkl. sämtlicher Formen von Freizügigkeitskonten und/oder -policen) in die Pensionskasse einbringen.
- ² Die eingebrachten Freizügigkeitsleistungen werden primär für den Einkauf in den Rentenplan bis zur maximal möglichen Einkaufssumme gemäss Anhang A 2 verwendet.
- ³ Falls die eingebrachte Freizügigkeitsleistung aus früheren Vorsorgeverhältnissen grösser ist als die maximal mögliche Einkaufssumme, wird der nicht beanspruchte Teil dem Kapitalkonto gutgeschrieben.

Art. 15 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen

- ¹ Während der Versicherungsdauer, längstens bis zum Eintritt eines Vorsorgefalles, kann eine versicherte Person ihre Altersleistungen verbessern, indem sie freiwillige Einkäufe (vgl. Anhang A 2) tätigt (vorbehalten bleiben Abs. 2 und 3). Die Pensionskasse teilt der versicherten Person alljährlich die maximale Einkaufssumme mit.
- ² Ein Einkauf ist jedoch nur möglich, sofern allfällige Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung vollständig zurückbezahlt und ein möglicher Wiedereinkauf nach Scheidung getätigt worden sind. Die Rückzahlung eines Vorbezugs für Wohneigentumsförderung ist bis zum Referenzalter möglich. Danach können freiwillige Einkäufe im Falle eines Aufschubs der Pensionierung oder bei der Weiterführung der Vorsorge gemäss Art. 26 Abs. 3 getätigt werden, soweit sie zusammen mit den Vorbezügen die maximal möglichen Einkaufssummen nicht überschreiten.
- ³ Bei Personen, die aus dem Ausland zugezogen sind und noch nie einer Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz angehört haben, darf in den ersten fünf Jahren nach Eintritt in eine schweizerische Vorsorgeeinrichtung die jährliche Einkaufssumme 20% des versicherten Lohnes nicht übersteigen. Nach Ablauf der fünf Jahre können Einkaufssummen gemäss Anhang A 2 geleistet werden.
- ⁴ Mit einem Einkauf finanzierte Leistungen dürfen während dreier Jahre nach dem Einkauf nicht in Kapitalform ausbezahlt werden. Weitere Einschränkungen der Einkaufsmöglichkeiten durch das BVG und durch steuerrechtliche Vorschriften bleiben vorbehalten. Steuerrechtliche Vorschriften sind, insbesondere in diesem Zusammenhang, durch die versicherte Person in Eigenverantwortung abzuklären.

⁵ Für versicherte Personen, die aus der zweiten Säule bereits Altersleistungen beziehen oder bezogen haben, werden diese Leistungen an das Einkaufspotential angerechnet. Bei Alterskapitalbezügen wird das bezogene Kapital angerechnet. Bei Altersrenten wird, falls bekannt, das verrentete Guthaben angerechnet; ansonsten wird die Altersrente, kapitalisiert mit dem Umwandlungssatz, der für den Versicherten bei der Pensionskasse im Alter des Rentenbeginns gegolten hätte, angerechnet.

3. Rentenplan

3.1 Versicherungsgrundlagen

Art. 16 Anrechenbarer Jahreslohn

¹ Der anrechenbare Jahreslohn entspricht dem Grundsalar (vertraglich vereinbarter, fixer Jahreslohn). Nicht versichert werden sämtliche weiteren einmaligen, gelegentlichen oder regelmässig anfallenden Lohnbestandteile wie Überstunden/Überzeitenschädigungen, Schichtzulagen, Pikettzulagen, Auszahlung von Restferienguthaben, Gratifikationen, Dienstaltersleistungen, Einmalzahlungen, Anerkennungsprämien etc.

² Bei Mitarbeitenden, welche im Stundenlohn angestellt sind, wird der anrechenbare Jahreslohn auf der Basis des fixen Stundenlohnes (ohne weitere einmalige, gelegentlich oder regelmässig anfallende Lohnbestandteile gemäss Abs. 1) ermittelt. Der anrechenbare Jahreslohn wird im Eintrittsjahr von der Bank geschätzt. In den Folgejahren bemisst er sich aufgrund der Vorjahreswerte.

Art. 17 Koordinationsbetrag

Der Koordinationsbetrag beträgt einen Drittel des anrechenbaren Jahreslohns, begrenzt auf 100% der maximalen AHV-Altersrente, welche mit dem Beschäftigungsgrad gewichtet wird.

Art. 18 Versicherter Lohn

¹ Der versicherte Lohn entspricht dem anrechenbaren Jahreslohn, vermindert um den Koordinationsbetrag, und bildet die Basis für die Bemessung der Beiträge und Leistungen.

² Der versicherte Lohn wird erstmals bei der Aufnahme eines Versicherten in die Pensionskasse festgesetzt. Lohnänderungen werden auch unterjährig berücksichtigt, und zwar auf den Anfang eines Monats. Für voll arbeitsunfähige Versicherte sind keine Anpassungen des versicherten Lohns möglich. Tritt ein Versicherungsfall ein, so wird allenfalls eine zu Unrecht durchgeführte Anpassung des versicherten Lohns rückgängig gemacht.

³ Die Verwaltungskommission legt unter Berücksichtigung von Art. 76 Abs. 2 ein Maximum des versicherten Lohns fest. Der maximale versicherte Lohn beträgt im Rentenplan 800% der maximalen AHV-Altersrente.

⁴ Führt die Erhöhung des Koordinationsbetrags zu einer Reduktion des versicherten Lohns, bleibt dieser unverändert, ausser es erfolge gleichzeitig eine Reduktion des anrechenbaren Jahreslohns.

⁵ Sinkt der anrechenbare Jahreslohn einer versicherten Person vorübergehend wegen Krankheit, Unfall,

Arbeitslosigkeit, Mutterschaft, Vaterschaft, Adoption oder ähnlicher Gründe, bleibt der bisher versicherte Lohn gültig, solange eine arbeitsvertragliche Lohnfortzahlung bzw. ein Bezug von Lohnersatzleistungen (z.B. Unfall- und/oder Krankentaggeld) besteht oder der Mutterschafts-, Vaterschafts-, Betreuungs- oder Adoptionsurlaub dauert. Die versicherte Person kann jedoch eine Herabsetzung des versicherten Lohns verlangen. Der versicherte Lohn wird in diesem Fall ab Eintreffen des Antrags der versicherten Person herabgesetzt.

3.2 Finanzierung

Art. 19 Beitragspflicht

¹ Die Beitragspflicht für die Bank und die versicherte Person beginnt mit der Aufnahme in die Pensionskasse. Liegt die Aufnahme zwischen dem 1. und 15. Tag eines Monats, beginnt die Beitragserhebung am Ersten desselben Monats. Liegt die Aufnahme nach dem 15. Tag eines Monats, beginnt die Beitragserhebung am Ersten des Folgemonats.

² Die Beitragspflicht endet:

- a) mit der Fälligkeit der gesamten Altersleistungen. Wird das Arbeitsverhältnis im Einvernehmen mit der Bank über das Referenzalter hinaus fortgesetzt und die Vorsorge gemäss Art. 13 Abs. 3 lit. b weitergeführt, werden die Sparbeiträge bis zur effektiven Pensionierung weiter erhoben;
- b) am Ende des Todesmonats;
- c) mit Beendigung der Lohnfortzahlung oder Lohnersatzleistung (z.B. Kranken- und/oder Unfalltaggeld), sofern von der Bank mindestens zur Hälfte mitfinanziert;
- d) spätestens jedoch mit dem Austritt aus der Pensionskasse (Auflösung des Arbeitsverhältnisses bzw. Wegfall der Versicherungsvoraussetzungen). Liegt das Ende bei c) oder d) zwischen dem 1. und 15. Tag eines Monats, endet die Beitragserhebung am letzten Tag des Vormonats. Liegt das Ende nach dem 15. Tag eines Monats, endet die Beitragserhebung am letzten Tag desselben Monats.

³ Die Beiträge der versicherten Person werden durch die Bank vom Lohn oder von Lohnersatzleistungen (z.B. Unfall- und/oder Krankentaggeld) abgezogen und monatlich, zusammen mit den Beiträgen der Bank, der Pensionskasse überwiesen.

⁴ Bei Teilinvalidität vermindert sich die Beitragspflicht auf den Teil des versicherten Lohns, der infolge Erwerbstätigkeit weiter zu versichern ist. Der Zeitpunkt der Reduktion richtet sich nach Art. 34 Abs. 2.

⁵ Während der arbeitsvertraglichen Lohnfortzahlung bzw. des Bezugs von Lohnersatzleistungen (z.B. Un-

fall- und/oder Krankentaggeld) sind die Beiträge der versicherten Person und der Bank auf dem letzten versicherten Lohn weiterhin zu entrichten.

⁶ Die Bank erbringt ihre Beiträge aus eigenen Mitteln oder aus vorgängig hierfür geäußerten Arbeitgeberbeitragsreserven.

⁷ Für die Beiträge während der freiwilligen Weiterversicherung gemäss Art. 47a BVG sind zudem die Bestimmungen in Art. 11 massgebend.

Art. 20 Höhe der Beiträge

¹ Die versicherte Person kann jährlich, jeweils mit Wirkung auf den 1. April bzw. beim Eintritt, zwischen drei Sparvarianten (Standard, Medium und Budget) wählen. Die Höhe des Spar- und Risikobeitrags der Bank bleibt ungeachtet der Planwahl gleich.

² Die Höhe der Beiträge der versicherten Person und der Bank sind im Anhang A 1 ersichtlich.

³ Wünscht die versicherte Person eine Änderung der Sparvariante, so hat sie dies der Pensionskasse bis spätestens 31. März (eintreffend) mitzuteilen. Trifft bis zu diesem Zeitpunkt keine Mitteilung ein, gelten die bisherigen Instruktionen. Beim Fehlen von Instruktionen werden die Spargutschriften gemäss «Standardplan» erhoben.

⁴ Die Verwaltungskommission kann zur Beseitigung einer Unterdeckung zusätzliche Beiträge beschliessen (vgl. Art. 65 Abs. 2).

Art. 21 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen

¹ Unter Berücksichtigung der Einkaufsbeschränkungen von Art. 15 kann eine versicherte Person ihre Altersleistungen verbessern, indem sie, maximal zweimal pro Kalenderjahr, zusätzliche Einkaufssummen einbezahlt.

² Die maximale Einkaufssumme ergibt sich aus der Differenz zwischen dem effektiv vorhandenen und dem maximal möglichen Sparguthaben, berechnet auf der Basis des aktuellen versicherten Lohns. Die Einzelheiten sind im Anhang A 2 ersichtlich.

³ Übersteigen die Guthaben auf dem Zusatz- oder Kapitalkonto die definierten maximalen Einkaufssummen, wird der übersteigende Teil von der maximal möglichen Einkaufssumme gemäss Abs. 2 in Abzug gebracht.

Art. 22 Sparguthaben einer versicherten Person

¹ Für jede versicherte Person wird ein individuelles Sparkonto geführt, aus dem das Sparguthaben ersichtlich ist.

² Das Sparguthaben besteht aus:

- a) den Sparbeiträgen der versicherten Person und der Bank im Rentenplan;

- b) den eingebrachten Freizügigkeitsleistungen aus früheren Vorsorgeverhältnissen;
 - c) allfälligen freiwilligen Einlagen der versicherten Person, der Bank oder der Pensionskasse;
 - d) Rückzahlungen aus Vorbezügen für Wohneigentum;
 - e) Wiedereinkäufen nach Scheidung;
 - f) dem infolge Ehescheidung überwiesenen Anteil an der Freizügigkeitsleistung oder dem als lebenslange Rente bzw. in Kapitalform übertragenen Rentenanteil;
 - g) den Zinsen;
- vermindert um:
- h) getätigte Vorbezüge für Wohneigentum;
 - i) Auszahlungen infolge Ehescheidung.

Art. 23 Sparguthaben einer invaliden Person

¹ Für Bezüger von Invalidenrenten wird das Sparkonto während der Dauer der Invalidität bis zum Referenzalter weitergeführt. Das Sparguthaben des Invalidenrentners besteht aus dem bis zum Eintritt der Invalidität erworbenen Sparguthaben gemäss Art. 22 sowie den Zinsen und den jährlichen Sparbeiträgen gemäss «Standardplan». Die Sparbeiträge werden dabei auf dem beim Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, versicherten Lohn berechnet.

² Bei Teilinvalidität teilt die Pensionskasse das Sparguthaben entsprechend der Rentenberechtigung auf. Das dem invaliden Teil entsprechende Sparguthaben wird wie für einen Invalidenrentner und das dem aktiven Teil entsprechende Sparguthaben wie für eine versicherte Person weitergeführt.

Art. 24 Zinssatz für das Sparguthaben

¹ Der Zinssatz für das abgelaufene Geschäftsjahr wird jährlich von der Verwaltungskommission unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Pensionskasse für diejenigen versicherten Personen festgelegt, die am 31. Dezember des abgelaufenen Geschäftsjahrs nicht aus dem Bestand der versicherten Personen ausgeschieden sind. Dies gilt auch für die am 31. Dezember austretenden versicherten Personen sowie die Pensionierungen per 1. Januar. Die Verwaltungskommission legt auch den Zinssatz für die unterjährigen Zahlungen (Vorsorgefälle und Austritte) des kommenden Geschäftsjahrs fest.

² Der Zins wird auf dem Stand des Sparguthabens am Ende des Vorjahres berechnet und am Ende jedes Kalenderjahres dem Sparguthaben gutgeschrieben. Tritt ein Vorsorgefall ein oder scheidet eine versicherte Person im Laufe des Kalenderjahres aus der Pensionskasse aus, so wird der Zins auf dem Stand des Sparguthabens am Ende des Vorjahres pro

rata berechnet. Im Laufjahr eingebrachte Eintrittsleistungen, Einkaufssummen und getätigte Bezüge werden im betreffenden Jahr pro rata verzinst.

3.3 Leistungen

Art. 25 Übersicht über die Leistungen

¹ Die Pensionskasse erbringt im Rentenplan die folgenden Leistungen:

- Altersrente
- Alterskapital
- AHV-Ersatzrente
- Ehepartner- oder Lebenspartnerrente
- Rente an den/die geschiedene/-n Ehepartner/-in
- Waisenrente
- Todesfallkapital
- Invalidenrente
- Invaliden-Kinderrente
- Beitragsbefreiung

² Die Pensionskasse wird unter den in diesem Vorsorgereglement im Rentenplan vorgesehenen Voraussetzungen leistungspflichtig. Bei Hinterlassenenleistungen ist massgebend, ob die Person im Zeitpunkt des Todes oder des Eintritts der erheblichen Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tod geführt hat, im Rentenplan bei der Pensionskasse versichert war.

3.3.1 Altersleistungen

Art. 26 Altersrente

¹ Der Anspruch auf die Altersrente beginnt am Ersten des Monats nach Erreichen des Referenzalters. Der Anspruch auf die Altersrente erlischt am Ende des Monats, in dessen Verlauf der/die Altersrentner/-in stirbt.

² Endet die Versicherung einer versicherten Person nach ihrem 58. Geburtstag, erfolgt eine vorzeitige Pensionierung. Die versicherte Person kann jedoch schriftlich die Überweisung der Austrittsleistung gemäss Art. 56 bis 58 verlangen, wenn sie nachweist, dass sie in der Schweiz eine selbstständige Erwerbstätigkeit oder in der Schweiz/Liechtenstein eine unselbstständige Erwerbstätigkeit aufnimmt oder bei der Arbeitslosenkasse Antrag auf die Ausrichtung von Arbeitslosenentschädigung gestellt hat.

³ Setzt die versicherte Person das Arbeitsverhältnis über das Referenzalter hinaus fort, so kann sie den Bezug der Altersleistung ganz oder bei einer Reduktion des AHV Jahreslohns teilweise bis zur effektiven Pensionierung, längstens jedoch bis zum Ersten des Monats nach dem 70. Geburtstag, beitragsfrei aufschieben oder die Vorsorge mit Beiträgen weiterführen (vgl. Art. 13 Abs. 3). In diesem Fall werden das vorhandene Sparguthaben und im Falle der

Weiterführung der Vorsorge die weiterhin geleisteten Sparbeiträge bis zum Zeitpunkt der effektiven Pensionierung verzinst. Die Höhe der Altersrente ergibt sich nach den Vorgaben gemäss Abs. 4. Bei einem Aufschub der Pensionierung und der Weiterführung der Vorsorge über das Referenzalter hinaus besteht kein Anspruch auf eine Invalidenrente. Wird die versicherte Person während dem Aufschub der Pensionierung oder der Weiterführung der Vorsorge über das Referenzalter hinaus arbeitsunfähig, erfolgt nach Beendigung der arbeitsvertraglichen Lohnfortzahlung oder Lohnersatzleistung die Pensionierung. Für den Anspruch und die Bemessung der Hinterlassenenleistungen gilt die versicherte Person ab Erreichen des Referenzalters als Altersrentner/-in. Dies bedeutet, dass im Todesfall die Ehepartner- oder Lebenspartnerrente (vgl. Art. 30) 60% der gemäss Abs. 4 ausgerechneten Altersrente beträgt. Dabei wird der Berechnung das am Todestag vorhandene Sparguthaben zugrunde gelegt.

⁴ Im Zeitpunkt der Pensionierung ergibt sich die Höhe der Altersrente aus der Multiplikation des vorhandenen Sparguthabens mit dem reglementarisch festgelegten Umwandlungssatz im Pensionierungsalter (vgl. Anhang A 3).

⁵ Auf Wunsch kann die versicherte Person

- die Anwartschaft auf die Ehepartner- oder Lebenspartnerrente auf 33% reduzieren. Die Reduktion der Anwartschaft führt zu einer Erhöhung der Altersrente um 8%. Eine entsprechende schriftliche Erklärung muss spätestens einen Monat vor der Pensionierung abgegeben werden, Art. 27 Abs. 2 und 3 gelten analog. Wählt die versicherte Person eine Einmalzahlung oder Auszahlungsgarantie gemäss Art. 27, so wird die erhöhte Altersrente in Abweichung zu Art. 27 Abs. 4 lebenslanglich um 2,0% (anstelle von 1,5%) gekürzt
- bei ihrer Pensionierung die Anwartschaft auf die Ehepartner- oder Lebenspartnerrente auf 70%, 80%, 90% oder 100% erhöhen. Die Erhöhung der Anwartschaft führt zu einer Kürzung der Altersrente. Diese wird individuell nach den versicherungstechnischen Grundlagen der Pensionskasse im Zeitpunkt der Pensionierung festgelegt. Die Kürzung wird auch beibehalten, wenn der/die Ehepartner/-in oder der/die Lebenspartner/-in vor dem/der Altersrentner/-in stirbt. Bei einer Scheidung erfolgt eine Anpassung der Rente nach den Vorgaben von Art. 63.

Dasselbe gilt für Invalidenrentner/innen, welche das Referenzalter erreicht haben. Auf Wunsch kann die versicherte Person auch eine Auszahlungsgarantie verlangen (siehe Art. 27).

Art. 27 Garantierte Altersrente und Alterskapital

- ¹ Die versicherte Person kann bei Pensionierung
- anstelle der Altersrente bis zu 100% ihres Sparguthabens in Kapitalform beziehen und/oder
 - die ersten zehn Jahresaltersrenten als Einmalzahlung beziehen oder
 - eine zehnjährige Auszahlungsgarantie der Altersrente verlangen.

Dasselbe gilt für Invalidenrentner/-innen, welche das Referenzalter erreicht haben. Vorbehalten bleibt Art. 15 Abs. 4. Versicherte, welche während mehr als zwei Jahren gemäss Art. 11 freiwillig weiterversichert waren, können die Altersleistungen ausschliesslich in Rentenform beziehen.

² Eine entsprechende schriftliche Erklärung muss spätestens einen Monat vor der Pensionierung abgegeben werden und ist ab diesem Zeitpunkt unwiderrufbar. Eine früher abgegebene Erklärung kann bis zu diesem Zeitpunkt schriftlich widerrufen werden. Die schriftliche Erklärung einer verheirateten versicherten Person ist nur gültig, wenn sie von dem/der Ehepartner/-in mitunterzeichnet ist. Die Unterschrift ist auf Kosten der versicherten Person amtlich beglaubigen zu lassen. Nicht verheiratete versicherte Personen haben der Pensionskasse vor der Pensionierung einen aktuellen Personenstandsausweis einzureichen.

³ Erfolgt die vorzeitige Pensionierung aufgrund einer Kündigung durch die Bank und ist keine schriftliche Erklärung vorhanden, so wird das Alterskapital und/oder die Einmalzahlung bzw. die Auszahlungsgarantie trotzdem gewährt, wenn innerhalb der Kündigungsfrist eine solche Erklärung gegenüber der Pensionskasse abgegeben wird.

⁴ Die Ausrichtung eines Alterskapitals führt im Ausmass der bezogenen Kapitaleistung zu einer Reduktion der Altersrente und somit auch zu einer Reduktion der anwartschaftlichen Hinterlassenenleistungen. Wird eine Einmalzahlung oder eine Auszahlungsgarantie der Altersrente gewünscht, wird die Altersrente lebenslänglich um 1,5% gekürzt. Die Einmalzahlung entspricht dem 9.3fachen Betrag der gekürzten Altersrente. Damit sind sämtliche Leistungen während den ersten zehn Jahre nach der Pensionierung abgegolten (vorbehältlich Art. 32 und 33), insbesondere beginnt im Todesfall die Ausrichtung der Ehepartner- bzw. Lebenspartnerrente nicht vor Ablauf dieser zehn Jahre. Im Überlebensfall setzt die Zahlung der gekürzten Altersrente zehn Jahre nach der Pensionierung ein.

Art. 28 AHV-Ersatzrente

- ¹ Auf Wunsch der versicherten Person kann sie ab dem Zeitpunkt der vorzeitigen Pensionierung bis zum AHV-Referenzalter eine AHV-Ersatzrente beziehen, sofern die Altersrente für deren Finanzierung ausreicht. Ist dies der Fall, wird die Altersrente ab dem Zeitpunkt der vorzeitigen Pensionierung lebenslänglich gekürzt. Die Kürzung entspricht dabei der Summe der zukünftigen AHV-Ersatzrenten bis zum AHV-Referenzalter, multipliziert mit dem Umwandlungssatz im Zeitpunkt der vorzeitigen Pensionierung.
- ² Der Anspruch auf eine AHV-Ersatzrente endet spätestens am Ende des Monats, in dessen Verlauf der Bezüger der AHV-Ersatzrente stirbt. Beim Tod vor dem AHV-Referenzalter wird ein Todesfallkapital in der Höhe der nicht bezogenen AHV-Ersatzrenten fällig. Die Auszahlung erfolgt gemäss Art. 33 Abs. 2 bis 4.

Art. 29 Vorzeitige Teilpensionierung

- ¹ Nach dem 58. Geburtstag kann sich eine versicherte Person, aber vor dem Referenzalter, im Zeitpunkt einer Reduktion des AHV Jahreslohns teilpensionieren lassen. Die versicherte Person kann wählen, welcher prozentuale Anteil der Altersleistungen ausgerichtet werden soll, wobei der Anteil höchstens der prozentualen Reduktion des AHV Jahreslohns entsprechen darf und bei der ersten Teilpensionierung zudem mindestens 20 % betragen muss.
- ² Erlaubt sind höchstens drei Teilpensionierungsschritte, der dritte Schritt entspricht zwangsläufig der Restpensionierung. Die versicherte Person kann bei jedem Teilpensionierungsschritt, unter Vorbehalt von Art. 51 Abs. 2, wählen, welcher Anteil sie als Altersrente und welchen als Alterskapital beziehen möchte. Steuerrechtliche Vorschriften sind, insbesondere in diesem Zusammenhang, durch die versicherte Person in Eigenverantwortung abzuklären.
- ³ Für die Leistungen gelangen die Bestimmungen gemäss Art. 26 bis 28 sinngemäss zur Anwendung. Massgebend für die Bestimmung der Leistungen ist der entsprechende Teil des Sparguthabens bei der vorzeitigen Teilpensionierung.
- ⁴ Der dem reduzierten AHV Jahreslohn entsprechende Teil des Sparguthabens wird gemäss Art. 22 weitergeführt. Falls der nach der Reduktion verbleibende Jahreslohn unter den Mindestlohn gemäss BVG fällt, erfolgt die vollständige Pensionierung; vor Erreichen des Referenzalters kann die versicherte Person alternativ die Überweisung der Austrittsleistung verlangen (vgl. Art. 26 Abs. 2).
- ⁵ Verlangt die versicherte Person die vorzeitige Teilpensionierung, kann sie nicht von der Weiterversicherung nach dem 58. Geburtstag gemäss Art. 11 Gebrauch machen.

⁶ Eine Reduktion oder Erhöhung der anwartschaftlichen Ehepartner- oder Lebenspartnerrente (Art. 26 Abs. 5) sowie eine Einmalzahlung oder eine Auszahlungsgarantie (Art. 27) kann nur beim ersten Teilpensionierungsschritt mit Rentenfolge verlangt werden. Für die folgenden Teilpensionierungsschritte mit Rentenfolge gilt die Reduktion bzw. Erhöhung der anwartschaftlichen Ehepartner- oder Lebenspartnerrente analog, wobei die Kürzung der Altersrente bei einer Erhöhung der anwartschaftlichen Rente bei jedem Schritt individuell berechnet wird.

3.3.2 Hinterlassenenleistungen

Art. 30 Ehepartner- oder Lebenspartnerrente

¹ Stirbt eine versicherte Person oder ein/eine Bezüger/-in einer Alters- bzw. Invalidenrente, so hat der/die überlebende Ehepartner/-in Anspruch auf eine Rente, sofern er/sie im Zeitpunkt des Todes eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt

- a) er/sie muss für den Unterhalt mindestens eines Kindes aufkommen, oder
- b) er/sie hat bis spätestens ein Jahr nach dem Tod Anspruch auf eine Rente der IV, oder
- c) er/sie hat den 40. Geburtstag erreicht und die Ehe hat mindestens zwei Jahre gedauert. Sind im Zeitpunkt der Heirat die Bedingungen gemäss Abs. 7 erfüllt, wird im Zeitpunkt der Heirat die Dauer der Lebensgemeinschaft angerechnet.

Der Anspruch entsteht am Ersten des Monats nach dem Tod, frühestens jedoch nach Ablauf der Lohnfortzahlung. Falls der/die verstorbene Altersrentner/-in eine Einmalzahlung gemäss Art. 27 gewählt hat, beginnt die Ausrichtung der Ehepartner- oder Lebenspartnerrente nicht vor Ablauf der zehn Jahre ab Pensionierung des/der verstorbenen Altersrentners/-nerin.

² Erfüllt der/die überlebende Ehepartner/-in keine dieser Bedingungen, so hat er/sie unter den Voraussetzungen von Art. 33 Anspruch auf das Todesfallkapital.

³ Die jährliche Ehepartnerrente beim Tod einer versicherten Person beträgt 60% der versicherten Invalidenrente, auf welche die versicherte Person Anspruch gehabt hätte, bzw. 60% der erloschenen Alters- oder Invalidenrente. Die Ehepartnerrente wird vermindert, wenn der/die überlebende Ehepartner/-in mehr als zehn Jahre jünger ist als die versicherte Person. Die Kürzung beträgt für jedes volle, zehn Jahre übersteigende Jahr 2% der Ehepartnerrente.

⁴ Erfolgt die Eheschliessung nach dem 65. Geburtstag der versicherten Person bzw. des/der Rentenbezügers/-in, so wird die versicherte Ehepartnerrente, allenfalls zusätzlich zur Kürzung gemäss

Abs. 3, auf die folgenden Prozentsätze ihres vollen Betrags herabgesetzt:

- a) bei Eheschliessung bis zum 66. Geburtstag auf 80%;
- b) bei Eheschliessung bis zum 67. Geburtstag auf 60%;
- c) bei Eheschliessung bis zum 68. Geburtstag auf 40%;
- d) bei Eheschliessung bis zum 69. Geburtstag auf 20%;
- e) bei Eheschliessung nach dem 69. Geburtstag wird keine Ehepartnerrente ausbezahlt.

Der Anspruch auf die Mindestleistungen gemäss BVG bleibt in jedem Fall gewahrt. Falls die Anspruchsvoraussetzungen für eine Lebenspartnerrente bereits vor der Eheschliessung erfüllt waren, ist nicht der Zeitpunkt der Eheschliessung, sondern der Zeitpunkt, ab welchem die Anspruchsvoraussetzungen für eine Lebenspartnerrente erfüllt waren, massgebend.

⁵ Falls der/die verstorbene Altersrentner/-in eine Auszahlungsgarantie gemäss Art. 27 verlangt hat, entspricht die Ehepartner- oder Lebenspartnerrente 100% der erloschenen Altersrente mit Auszahlungsgarantie, bis zehn Jahre nach seiner/Ihrer Pensionierung. Danach entspricht sie der Ehepartner- oder Lebenspartnerrente gemäss Absatz 3 und 4.

⁶ Die Rente erlischt mit der Wiederverheiratung. Erlischt die Rente infolge Wiederverheiratung, so hat der/die überlebende Ehepartner/-in Anspruch auf eine einmalige Abfindung in der Höhe von drei jährlichen Ehepartnerrenten.

⁷ Lebte eine unverheiratete versicherte Person mit einem/einer unverheirateten, nicht verwandten Lebenspartner/-in bis zu seinem/Ihrem Tod mindestens fünf Jahre nachweisbar ununterbrochen in einer Lebensgemeinschaft im gleichen Haushalt (gleicher amtlicher Wohnsitz erforderlich) und hat der/die hinterbliebene Lebenspartner/-in den 40. Geburtstag absolviert oder kam er/sie für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder auf, so hat der/die überlebende Lebenspartner/-in Anspruch auf die gleichen Leistungen wie ein/eine Ehepartner/-in. Lebenspartner/-innen von unverheirateten Pensionierten haben nur Anspruch auf eine Lebenspartnerrente, wenn die Partnerschaft vor der Alters- oder Invalidenpensionierung eingegangen wurde und obige Bedingungen erfüllt sind. Der Anspruch auf eine Rente entsteht nur, wenn die versicherte Person oder der/die Bezüger/-in einer Alters- bzw. Invalidenrente den Begünstigungswunsch zu Lebzeiten in Form eines schriftlichen Gesuches bei der Kasse angemeldet hat. Bezieht der/die begünstigte Lebenspartner/-in eine Ehepartner- oder Lebenspartnerrente aus der ersten oder zweiten Säule aufgrund

einer vorhergehenden Ehe oder Lebensgemeinschaft, wird keine Lebenspartnerrente fällig. Kann der gemeinsame Haushalt nach mehr als fünf Jahren aus gesundheitlichen Gründen nicht weitergeführt werden, bleibt die Unterbrechung unberücksichtigt. Die übrigen Bestimmungen von Abs. 1 bis 6 gelten sinngemäss, insbesondere erlischt der Anspruch auf die Lebenspartnerrente beim Eingehen einer neuen Partnerschaft (gleicher amtlicher Wohnsitz mit einer nicht verwandten Person). Der/die überlebende Lebenspartner/-in hat keinen Anspruch auf die sich für Ehepartner/-in ergebende Mindestleistungen gemäss BVG.

⁸ Der Bezug der Ehepartnerrente ist für der/die überlebende Ehepartner/-in auch ganz in Kapitalform möglich. Eine entsprechende schriftliche Erklärung muss vor der ersten Rentenzahlung abgegeben werden. Der Kapitalbezug entspricht für den/ die überlebende/-n Ehepartner/-in dem vorhandenen Guthaben auf dem Sparkonto. Mit dem Bezug des einmaligen Kapitalbetrags sind alle reglementarischen Ansprüche abgegolten.

Art. 31 Rente an geschiedene/-n Ehepartner/-in

¹ Stirbt eine versicherte Person oder ein/eine Bezüger/-in einer Alters- bzw. Invalidenrente, ist der/die geschiedene Ehepartner/-in der/dem hinterbliebenen Ehepartner/-in gleichgestellt, sofern die Ehe mindestens zehn Jahre dauerte und dem/der geschiedenen Ehepartner/-in im Scheidungsurteil eine Rente nach Art. 124e Abs. 1 oder Art. 126 Abs. 1 ZGB zugesprochen wurde.

² Die Rente an den/die geschiedene/-n Ehepartner/-in entspricht der Höhe der Mindestleistung gemäss BVG. Sie besteht solange die Rente aus Scheidungsurteil geschuldet gewesen wäre. Sie wird jedoch um jenen Betrag gekürzt, um den sie zusammen mit den Hinterlassenenleistungen der AHV den Anspruch aus dem Scheidungsurteil übersteigen. Hinterlassenenrenten der AHV werden dabei nur so weit angerechnet, als sie höher sind als ein eigener Anspruch auf eine Invalidenrente der IV oder eine Altersrente der AHV.

³ Die Rente an den/die geschiedene/-n Ehepartner/-in erlischt, wenn er/sie eine neue Ehe eingeht bzw. stirbt.

Art. 32 Waisenrente

¹ Die Kinder von einer verstorbenen versicherten Person oder einem/einer Bezüger/-in einer Alters- bzw. Invalidenrente haben Anspruch auf eine Waisenrente. Für Pflege- und Stiefkinder besteht der Anspruch nur, wenn die verstorbene versicherte Person bzw. der/die Bezüger/-in einer Alters- bzw. Invalidenren-

te bis zu seinem/ihrem Ableben für den Unterhalt dieser Kinder aufgekommen ist und für welche Anspruch auf Leistungen der AHV/IV besteht.

² Die Waisenrente beginnt am Ersten des Monats nach dem Tod der versicherten Person bzw. dem/der Bezüger/-in einer Alters- bzw. Invalidenrente, frühestens nach Ablauf der Lohnfortzahlung bzw. der Alters- oder Invalidenrente. Die Rente endet mit dem 18. Geburtstag. Der Anspruch besteht jedoch weiter, längstens aber bis zum 25. Geburtstag,

- a) für Kinder bis zum Abschluss der Ausbildung im Sinne von Art. 49bis (ohne Abs. 3) und 49ter AHVV,
- b) für invalide Kinder, solange sie mindestens zu 70% invalid sind.

³ Die Waisenrente beträgt für jedes Kind 20% der versicherten Invalidenrente, auf welche die versicherte Person Anspruch gehabt hätte, bzw. 20% der erloschenen Alters- oder Invalidenrente. Falls der/die verstorbene Altersrentner/-in eine Einmalzahlung oder eine Auszahlungsgarantie gemäss Art. 27 verlangt hat und vor Ablauf dieser Zehnjahresfrist gestorben ist, entspricht die Waisenrente der Höhe der Mindestleistung gemäss BVG.

⁴ Für Vollwaisen werden die Renten verdoppelt.

Art. 33 Todesfallkapital

¹ Stirbt eine versicherte Person oder ein/eine Bezüger/-in einer Alters- bzw. Invalidenrente, so wird den Anspruchsberechtigten gemäss Abs. 2 ein Todesfallkapital ausbezahlt.

² Das Todesfallkapital wird folgenden Personen, unabhängig vom Erbrecht, in der unten aufgeführten Reihenfolge ausbezahlt:

- a) dem/der Ehepartner/-in der verstorbenen versicherten Person oder des/der Bezügers/-in einer Alters- bzw. Invalidenrente, bei deren Fehlen;
- b) der Person, die von der versicherten Person vor ihrem Tode in erheblichem Masse unterstützt worden ist oder die mit der versicherten Person in den letzten fünf Jahren bis zu ihrem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat (gleicher amtlicher Wohnsitz erforderlich) oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss;
- c) beim Fehlen von begünstigten Personen gemäss lit. a bis b:
 - ca) sämtlichen Kindern der verstorbenen Person; bei deren Fehlen
 - cb) den Eltern; bei deren Fehlen
 - cc) den Geschwistern;
- d) beim Fehlen von begünstigten Personen gemäss lit. a bis c: den übrigen gesetzlichen Erben unter Ausschluss des Gemeinwesens. In diesem Fall

wird das Todesfallkapital gemäss Abs. 5 bzw. 6 zur Hälfte ausgerichtet.

³ Keinen Anspruch auf das Todesfallkapital haben begünstigte Personen gemäss Abs. 2 lit. b, wenn die begünstigte Person eine Ehepartner- oder Lebenspartnerrente aus der ersten oder zweiten Säule aufgrund einer vorhergehenden Ehe oder Lebensgemeinschaft bezieht. Ferner haben begünstigte Personen gemäss Abs. 2 lit. b nur Anspruch auf das Todesfallkapital, wenn die versicherte bzw. rentenbeziehende Person den Begünstigungswunsch zu Lebzeiten schriftlich bei der Kasse angemeldet hat.

⁴ Die versicherte bzw. rentenbeziehende Person kann innerhalb der einzelnen Gruppen gemäss Abs. 2 lit. c und d durch schriftliche Mitteilung an die Pensionskasse festlegen, wer zu welchem Teil Anspruch auf das Todesfallkapital hat. Sie kann zudem die Reihenfolge der begünstigten Personen in Abs. 2 lit. c ändern oder die begünstigten Personen nach lit. ca, cb und lit. cc zusammenfassen. Liegt keine schriftliche Willenserklärung der versicherten bzw. rentenbeziehenden Person bei deren Tod gegenüber der Pensionskasse vor, so wird das Todesfallkapital an gleichzeitig mehrere Begünstigte zu gleichen Teilen und gemäss vorstehender Reihenfolge ausgerichtet.

⁵ Falls keine Ehepartner- oder Lebenspartnerrente fällig wird, entspricht das Todesfallkapital beim Tod einer versicherten Person bzw. einer invaliden Person, der infolge Rentenaufschub noch keine Invalidenrente ausgerichtet worden sind, dem im Zeitpunkt des Todes vorhandenen Sparguthaben, mindestens aber 200% der versicherten Invalidenrente, vermindert um die bereits bezogenen Leistungen. Falls eine Ehepartner- oder Lebenspartnerrente fällig wird, entspricht das Todesfallkapital beim Tod einer versicherten Person dem im Zeitpunkt des Todes vorhandenen Sparguthaben abzüglich des Barwerts der Hinterlassenenleistungen aus dem Rentenplan, mindestens aber dem höheren der folgenden zwei Werte:

- 75% der versicherten Invalidenrente
- Summe der freiwilligen Einkäufe auf das Sparkonto abzüglich eines allfälligen noch nicht zurückbezogenen Vorbezugs für Wohneigentum, welcher dem Sparkonto belastet wurde, alles ohne Zinsen.

Der Barwert wird nach den versicherungstechnischen Grundsätzen der Pensionskasse ermittelt.

⁶ Das Todesfallkapital entspricht beim Tod eines/ einer Bezügers/-in einer Alters- oder Invalidenrente 200% der erloschenen Rente, vermindert um die bereits bezogenen Leistungen und den Barwert allfälliger Hinterlassenenleistungen (inkl. allfälliger Abfindungen). Der Barwert wird nach den versicherungstechnischen Grundsätzen der Pensionskasse ermittelt.

⁷ Stirbt ein/eine Altersrentner/-in, der/die eine Auszahlungsgarantie gemäss Art. 27 verlangt hat, in den ersten zehn Jahren nach der Pensionierung, so wird bei seinem/ihrem Tod oder, falls eine Ehepartner- oder Lebenspartnerrente fällig wird, beim Tod der Person, welche Anspruch auf die Ehepartner- oder Lebenspartnerrente hatte, ein Todesfallkapital in der Höhe der noch nicht ausgerichteten zehn Altersjahresrenten mit Auszahlungsgarantie (diskontiert mit dem technischen Zins der Pensionskasse) fällig. Die Anspruchsberechtigung richtet sich nach Absatz 2 bis 4.

3.3.3 Invalidenleistungen

Art. 34 Invalidenrente

¹ Anspruch auf eine Invalidenrente haben Personen, die im Sinne der IV zu mindestens 40% invalid sind und bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, im Rentenplan versichert waren.

² Der Beginn des Rentenanspruchs richtet sich nach dem Entscheid der IV. Der Anspruch auf Invaliditätsleistungen wird aufgeschoben, solange die Bank den Lohn weiter ausrichtet oder eine Lohnersatzleistung (z.B. Unfall- und/oder Krankentaggeld) ausgerichtet wird, die mindestens 80% des entgangenen Lohnes beträgt und die von der Bank mindestens zur Hälfte mitfinanziert wurde. Ein Rentenanspruch besteht nicht, solange der Invalidenrentner Taggelder der IV bezieht.

³ Der Anspruch auf Invaliditätsleistungen erlischt mit dem Wegfall der Invalidität (unter Vorbehalt von Art. 26a BVG) oder am Ende des Monats, in dem der Anspruchsberechtigte stirbt, spätestens jedoch bei Erreichen des Referenzalters.

⁴ Ein Invaliditätsgrad unter 40% ergibt in keinem Fall Anspruch auf Leistungen. Bei einem Invaliditätsgrad von 70% und mehr beträgt die Rentenberechtigung 100%, d.h. es besteht Anspruch auf eine volle Invalidenrente. Bei einem Invaliditätsgrad von 50% bis 69% entspricht die Rentenberechtigung dem Invaliditätsgrad. Bei einem Invaliditätsgrad unter 50% entspricht die Rentenberechtigung 25% plus 2,5%-Punkte für jedes Grad, welches der Invaliditätsgrad über 40% liegt. (Beispiel: Ein Invaliditätsgrad von 45% ergibt eine Rentenberechtigung von 37,5% (= 25% + 2,5% × (45–40)).

⁵ Die jährliche volle Invalidenrente entspricht 70% des beim Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, versicherten Lohns.

⁶ Die einmal festgesetzte Rente und damit auch die Rentenberechtigung wird erhöht, herabgesetzt oder aufgehoben, wenn sich aufgrund einer IV-Revision der Invaliditätsgrad in der beruflichen Vorsorge um mindestens 5%-Punkte ändert.

⁷ Die Pensionskasse kann die Rente und damit auch die Rentenberechtigung jederzeit und ohne Bindung an den IV-Entscheid neu festlegen, falls sich der frühere Entscheid als unrichtig herausstellen sollte oder sich die Verhältnisse wesentlich ändern.

Art. 35 Invaliden-Kinderrente

¹ Hat ein Invalidenrentenbezüger Kinder, die bei seinem Tod Anspruch auf eine Waisenrente der Pensionskasse hätten, so besteht ein Anspruch auf eine Invaliden-Kinderrente.

² Die Invaliden-Kinderrente wird vom selben Zeitpunkt an ausgerichtet wie die Invalidenrente. Der Anspruch erlischt, wenn die Invalidenrente wegfällt; spätestens aber, wenn der Anspruch auf eine Waisenrente entfallen würde.

³ Die Höhe der jährlichen Invaliden-Kinderrente beträgt pro Kind 20% der jeweiligen Invalidenrente.

Art. 36 Beitragsbefreiung

¹ Wird eine versicherte Person invalid, so tritt mit Ablauf der Lohnfort- und Lohnersatzzahlung für sie und die Bank die Beitragsbefreiung ein. Sie wird so lange gewährt, wie die Invalidität besteht, maximal jedoch bis zum Erreichen des Referenzalters.

² Bei teilweiser Invalidität einer versicherten Person tritt eine teilweise Beitragsbefreiung ein. Eine Invalidität von weniger als 40% ergibt keinen Anspruch auf Beitragsbefreiung. Bei einer Teilinvalidität wird die Beitragsbefreiung analog zur Rentenberechtigung gewährt. Dazu wird der bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, versicherte Lohn mit der Rentenberechtigung gewichtet.

³ Die Beitragsbefreiung erfolgt gemäss den Spargutschriften des Standardplans (vgl. Anhang A 1) auf dem beim Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, versicherten Lohn und umfasst auch künftige altersbedingte Beitragserhöhungen (vgl. auch Art. 23).

3.4 Zusatzkonto zur Vorfinanzierung der vorzeitigen Pensionierung

Art. 37 Eröffnung eines Zusatzkontos

¹ Die versicherte Person hat die Möglichkeit, durch freiwillige Einkäufe die Rentenkürzung bei einer vorzeitigen Pensionierung ganz oder teilweise auszukufen. Diese freiwilligen Einkäufe werden dem dafür eröffneten Zusatzkonto gutgeschrieben.

² Die Eröffnung des Zusatzkontos ist jedoch nur möglich, wenn die versicherte Person

- a) alle Austrittsleistungen in die Pensionskasse eingebracht hat,
- b) im Standardplan des Rentenplans vollständig eingekauft ist,
- c) im Kapitalplan mit dem maximalen Sparbeitragsatz vollständig eingekauft ist,
- d) nicht eine volle Invalidenrente bezieht sowie
- e) Vorbezüge zur Finanzierung von Wohneigentum zurückbezahlt hat.

Art. 38 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen auf das Zusatzkonto

¹ Unter Berücksichtigung der Einkaufsbeschränkungen von Art. 15 kann eine versicherte Person, sofern sie nicht Mitglied der Geschäftsleitung der Bank, des Bankpräsidiums und der Leiter Audit ist, die Rentenkürzung bei einer vorzeitigen Pensionierung ganz oder teilweise auskaufen, indem sie, maximal zweimal pro Kalenderjahr, zusätzliche Einkaufssummen einbezahlt.

² Einkäufe der versicherten Person können dem Zusatzkonto jedoch nur gutgeschrieben werden, wenn die versicherte Person im Rentenplan den Standardplan und im Kapitalplan den maximalen Sparbeitrag gewählt hat und das Sparguthaben den in Art. 21 definierten Höchstbetrag und das Kapitalkonto den in Art. 46 definierten Höchstbetrag erreicht hat.

³ Die jeweilige maximale Einkaufssumme entspricht dem maximalen Betrag des Zusatzkontos gemäss Anhang A 4 abzüglich des vorhandenen Zusatzkontos im Zeitpunkt des Einkaufs.

⁴ Übersteigen die Guthaben auf dem Spar- oder Kapitalkonto die definierten maximalen Einkaufssummen, wird der übersteigende Teil von der maximal möglichen Einkaufssumme gemäss Abs. 3 in Abzug gebracht.

⁵ Übersteigt die sich unter Anrechnung des Zusatzguthabens für den Einkauf in die vorzeitige Pensionierung ergebende Altersrente die bis zum Referenzalter projizierte Altersrente um mehr als 5%, treten folgende Massnahmen in Kraft:

- Die versicherte Person sowie die Bank leisten keine Sparbeiträge mehr.
- Der zu diesem Zeitpunkt gültige Umwandlungssatz wird eingefroren. Bei definitiver Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird die fällige Altersrente mit diesem Umwandlungssatz bestimmt.
- Sämtliche Konten der versicherten Person werden nicht mehr verzinst.

Überschreitungen des Leistungsziels infolge Änderung des Beschäftigungsgrades oder Einlagen infolge Ehescheidung sind entsprechend zu berücksichtigen. Die bis zum Referenzalter projizierte Altersrente wird mit dem in den letzten zehn Jahren maximal versicherten Jahreslohn bestimmt. Falls im Zeitpunkt der Pensionierung das Guthaben auf dem Sparkonto und/oder das Guthaben auf dem Kapitalkonto kleiner ist als der Maximalbetrag gemäss Anhang A2 und/oder A5, werden diese Konten zulasten des Zusatzkontos entsprechend erhöht.

Art. 39 Guthaben auf dem Zusatzkonto einer versicherten Person

Das Guthaben auf dem Zusatzkonto der versicherten Person besteht aus:

- a) allfälligen freiwilligen Einlagen der versicherten Person, der Bank oder der Pensionskasse;
- b) Rückzahlungen aus Vorbezügen für Wohneigentum;
- c) dem infolge Ehescheidung überwiesenen Anteil an der Freizügigkeitsleistung oder dem als lebenslange Rente bzw. in Kapitalform übertragenen Rentenanteil;
- d) den Zinsen; vermindert um:
- e) getätigte Vorbezüge für Wohneigentum;
- f) Auszahlungen infolge Ehescheidung.

Art. 40 Guthaben auf dem Zusatzkonto einer invaliden Person

¹ Bei Vollinvalidität (Rentenberechtigung = 100%) wird das Zusatzkonto während der Dauer der Invalidität bis zum Referenzalter weitergeführt. Das Guthaben auf dem Zusatzkonto des Invaliden besteht aus dem bis zum Eintritt der Invalidität erworbenen Guthaben gemäss Art. 39 sowie den Zinsen.

² Bei Teilinvalidität teilt die Pensionskasse das Guthaben auf dem Zusatzkonto entsprechend der Rentenberechtigung auf. Das dem invaliden Teil entsprechende Guthaben wird wie für eine vollinvalide versicherte Person und das dem aktiven Teil entsprechende Guthaben wie für eine aktive versicherte Person weitergeführt.

Art. 41 Zinssatz für das Guthaben auf dem Zusatzkonto

Die Verwaltungskommission legt analog zu Art. 24 Abs. 1 den Zinssatz für die Verzinsung des Zusatzkontos fest. Die Verzinsung erfolgt analog zu Art. 24 Abs. 2.

Art. 42 Verwendung des Zusatzkontos

¹ Das Zusatzkonto wird bei einer Pensionierung, beim Tod der versicherten Person oder bei deren Austritt fällig. Für Invalidenrentenbezüger entsteht der Anspruch auf das Zusatzkonto bei Erreichen des Referenzalters.

² Das Zusatzkonto wird wie folgt verwendet:

- a) Bei der Pensionierung wird das Guthaben des Zusatzkontos auf das Sparkonto umgebucht.
- b) Im Todesfall wird das Guthaben des Zusatzkontos als Todesfallkapital ausbezahlt. Für den Anspruch und die Auszahlung gelten die Bestimmungen von Art. 33 Abs. 2 bis 4 sinngemäss.
- c) Im Invaliditätsfall wird das Guthaben des Zusatzkontos bis zum Referenzalter weiter verzinst. Anschliessend wird das Guthaben des Zusatzkontos auf das Sparkonto umgebucht und in eine Altersrente umgewandelt.
- d) Im Fall des Austritts der versicherten Person wird das Guthaben des Zusatzkontos als Austrittsleistung ausbezahlt. Es gelten dabei die Bestimmungen gemäss Art. 56 bis 58.

4. Kapitalplan

4.1 Versicherungspflicht

Art. 43 Versicherte Personen

¹ In den Kapitalplan der Pensionskasse werden alle Arbeitnehmer der Bank aufgenommen, die im Rentenplan der Pensionskasse definitiv versichert sind und im laufenden Kalenderjahr eine AHV-pflichtige variable Vergütung (Gratifikation) erhalten haben. Die Aufnahme erfolgt mit erstmaliger Auszahlung dieser Vergütung, frühestens ab dem 1. Januar nach dem 17. Geburtstag.

² Versicherte, die bei der Aufnahme teilweise invalid sind, werden nur für den erwerbsfähigen Teil versichert.

4.2 Versicherungsgrundlagen

Art. 44 Versicherter Lohn

¹ Der versicherte Lohn Sparen entspricht der im laufenden Kalenderjahr ausbezahlten AHV-pflichtigen variablen Vergütung. Nicht versichert werden Überstunden/Überzeitenschädigungen, Schichtzulagen, Pikettzulagen, Feiertagsentschädigungen, Auszahlung von Restferienguthaben, Dienstaltersleistungen, Einmalzahlungen, Anerkennungsprämien etc. Einzuhalten sind die gesetzlichen Bestimmungen zum maximalen versicherten Lohn (Art. 79c BVG und 60c BVV2).

² Der versicherte Lohn Risiko entspricht dem Durchschnitt der letzten drei versicherten Löhne Sparen (aktueller Lohn Sparen und die Löhne Sparen der beiden Vorjahre), wobei der versicherte Lohn Risiko auf dasselbe Maximum begrenzt wird wie der versicherte Lohn im Rentenplan.

Bei Neuaufnahme in den Kapitalplan entspricht der versicherte Lohn Risiko dem aktuellen versicherten Lohn Sparen. Im Folgejahr entspricht der versicherte Lohn Risiko dem Durchschnitt des aktuellen und vergangenen versicherten Lohns Sparen. Variable Vergütungen aus früheren Arbeitsverhältnissen werden für die Bemessung nicht berücksichtigt.

4.3 Finanzierung

Art. 45 Höhe der Beiträge

¹ Die versicherten Personen können alljährlich auf den 1. März auf dem versicherten Lohn Sparen einen Sparbeitrag von 3%, 6% oder 9% des versicherten Lohns Sparen wählen. Der Sparbeitrag für versicherte Personen, die vom Wahlrecht nicht Gebrauch machen, beträgt 6%. Der Sparbeitrag bleibt so lange unverändert, bis er von der versicher-

ten Person neu bestimmt wird. Die Bank leistet immer einen Sparbeitrag von 9%. Für die Mitglieder der Generaldirektion und die von der Bank bezeichneten Personen in Schlüsselfunktionen gilt ein Sparbeitrag von 12%. Für die Bank gelten ebenfalls 12%.

² Die versicherte Person und die Bank leisten bis zum Referenzalter aktuell keinen Risikobeitrag.

³ Im Kapitalplan werden die Beiträge als einmaliger Jahresbeitrag auf der variablen Vergütung des laufenden Kalenderjahres bei dessen Auszahlung fällig.

⁴ Für Zahlungen von variablen Vergütungen, welche nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses bzw. nach dem Eintritt eines Vorsorgefalls erfolgen, werden keine Beiträge mehr erhoben.

⁵ Für die Beiträge während der freiwilligen Weiterversicherung gemäss Art. 47a BVG sind zudem die Bestimmungen in Art. 11 massgebend.

Art. 46 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen auf das Kapitalkonto

¹ Unter Berücksichtigung der Einkaufsbeschränkungen von Art. 15 kann eine versicherte Person ihre Altersleistungen verbessern, indem sie, maximal zweimal pro Kalenderjahr, zusätzliche Einkaufssummen einbezahlt.

² Einkäufe der versicherten Person können dem Kapitalkonto jedoch nur gutgeschrieben werden, wenn das Sparguthaben im Standardplan des Rentenplans den in Art. 21 definierten Höchstbetrag erreicht hat.

³ Die jeweilige maximale Einkaufssumme entspricht dem maximalen Betrag des Kapitalkontos gemäss Anhang A 5 abzüglich des vorhandenen Guthabens im Kapitalkonto zum Zeitpunkt des Einkaufs.

⁴ Übersteigen die Guthaben auf dem Spar- oder Zusatzkonto den definierten Höchstbetrag, wird der übersteigende Teil von der maximalen Einkaufssumme für das Kapitalkonto in Abzug gebracht.

Art. 47 Guthaben auf dem Kapitalkonto einer versicherten Person

¹ Für jede versicherte Person wird ein individuelles Kapitalkonto geführt.

² Das Guthaben auf dem Kapitalkonto der versicherten Person besteht aus:

- den Sparbeiträgen der versicherten Person und der Bank im Kapitalplan;
- den eingebrachten Freizügigkeitsleistungen aus früheren Vorsorgeverhältnissen;
- allfälligen freiwilligen zusätzlichen Einlagen der versicherten Person, der Bank oder der Pensionskasse;
- Rückzahlungen aus Vorbezügen für Wohneigentum;
- Wiedereinkäufen nach Scheidung;

- f) dem infolge Ehescheidung überwiesenen Anteil an der Freizügigkeitsleistung oder dem als lebenslange Rente bzw. in Kapitalform übertragenen Rentenanteil;
- g) den Zinsen; vermindert um:
- h) getätigte Vorbezüge für Wohneigentum;
- i) Auszahlungen infolge Ehescheidung.

³ Bei versicherten Personen, die im Kapitalplan der Pensionskasse mit einem versicherten Lohn Sparen und Risiko von Null versichert sind, wird das Kapitalkonto, ohne weitere Zuweisung von Sparbeiträgen, weitergeführt. Während dieser Zeit wird das Guthaben auf dem Kapitalkonto gemäss den Vorgaben von Art. 49 verzinst.

Art. 48 Guthaben auf dem Kapitalkonto einer invaliden Person

¹ Bei Vollinvalidität wird das Kapitalkonto während der Dauer der Invalidität bis zum Referenzalter weitergeführt. Das Guthaben auf dem Kapitalkonto der invaliden Person besteht aus dem bis zum Eintritt der Invalidität erworbenen Guthaben gemäss Art. 47 sowie den Zinsen und den jährlichen Sparbeiträgen. Die Sparbeiträge werden dabei auf dem beim Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, versicherten Lohn Risiko und einem Sparbeitrag von 15% berechnet.

² Bei Teilinvalidität teilt die Pensionskasse das Guthaben auf dem Kapitalkonto entsprechend der Rentenberechtigung auf. Das dem invaliden Teil entsprechende Guthaben wird wie für eine vollinvalide versicherte Person und das dem aktiven Teil entsprechende Guthaben wie für eine versicherte Person weitergeführt.

³ Beträgt bei Vollinvalidität der versicherte Lohn Sparen und Risiko null, wird bei der ersten Zahlung der Invalidenrente aus dem Rentenplan der Pensionskasse die Auszahlung des Guthabens auf dem Kapitalkonto fällig. Damit sind alle reglementarischen Ansprüche im Kapitalplan abgegolten.

Art. 49 Zinssatz für das Guthaben auf dem Kapitalkonto

¹ Die Verwaltungskommission legt analog zu Art. 24 Abs. 1 den Zinssatz für die Verzinsung des Kapitalkontos fest.

² Der Stand des Kapitalkontos am Jahresanfang sowie Zu- und Abgänge (inkl. der Sparbeiträge) werden pro rata verzinst und am Ende des Kalenderjahres zum Kapitalkonto geschlagen.

4.4 Leistungen

Art. 50 Übersicht über die Leistungen

¹ Die Pensionskasse erbringt im Kapitalplan die folgenden Leistungen:

- Alterskapital
- Invalidenrente
- Beitragsbefreiung
- Ehepartner- oder Lebenspartnerrente
- Todesfallkapital

² Die Pensionskasse wird unter den in diesem Vorsorgereglement im Kapitalplan vorgesehenen Voraussetzungen leistungspflichtig. Bei Invaliditätsleistungen des Kapitalplans ist massgebend, ob die Person beim Eintritt der erheblichen Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, im Kapitalplan bei der Pensionskasse versichert war. Bei Hinterlassenenleistungen ist massgebend, ob die Person im Zeitpunkt des Todes oder des Eintritts der erheblichen Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tod geführt hat, im Kapitalplan bei der Pensionskasse versichert war.

4.4.1 Altersleistungen

Art. 51 Alterskapital

¹ Der Anspruch auf das Alterskapital entsteht mit der Pensionierung. Das Alterskapital entspricht dabei dem bei der Pensionierung vorhandenen Guthaben auf dem Kapitalkonto.

² Sofern das Spar- und Zusatzkonto im Rentenplan die Maximalbeträge gemäss Anhang 2 und 4 (bzgl. dem Standardplan) noch nicht erreicht haben, kann das Kapitalkonto soweit auf das Spar- und Zusatzkonto übertragen werden, bis die Maximalbeträge erreicht sind. Falls nach dieser Übertragung die aus dem Rentenplan resultierende Altersrente kleiner ist als 300% der maximalen AHV-Altersrente, kann das Kapitalkonto soweit übertragen werden, bis die Altersrente diese Höhe erreicht.

³ Die Kapitalauszahlung kann nur erfolgen, wenn der/die Ehepartner/-in sein/ihr schriftliches Einverständnis zur Kapitalauszahlung erteilt. Die Unterschrift ist auf Kosten der versicherten Person amtlich beglaubigen zu lassen. Nicht verheiratete versicherte Personen haben der Pensionskasse vor der Kapitalauszahlung einen aktuellen Personenstandsausweis einzureichen.

4.4.2 Invalidenleistungen

Art. 52 Invalidenrente

¹ Versicherte Personen mit Anspruch auf eine Invalidenrente aus dem Rentenplan haben Anspruch auf eine Invalidenrente aus dem Kapitalplan. Die Bestimmungen von Art. 34 Abs. 1 bis 4 sowie 6 und 7 des Rentenplans sind analog anwendbar.

² Die jährliche volle Invalidenrente entspricht 50% des beim Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, versicherten Lohns Risiko. Bei Erreichen des Referenzalters erlischt die Invalidenrente, und das fortgeführte Guthaben des Kapitalplans wird als Alterskapital ausgerichtet.

Art. 53 Beitragsbefreiung

¹ Während des Bezugs einer Invalidenrente gemäss Art. 52 besteht der Anspruch auf die Beitragsbefreiung. Der beim Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, versicherte Lohn Risiko bildet die Basis für die Sparbeiträge.

² Bei teilweiser Invalidität einer versicherten Person tritt eine teilweise Beitragsbefreiung ein. Eine Invalidität von weniger als 40% ergibt keinen Anspruch auf Beitragsbefreiung. Bei einer Teilinvalidität wird die Beitragsbefreiung analog zur Rentenberechtigung gewährt.

4.4.3 Hinterlassenenleistungen

Art. 54 Ehepartner- oder Lebenspartnerrente

¹ Stirbt eine versicherte Person oder ein/eine Bezüger/-in einer Invalidenrente, so hat ihr/ihre überlebende/-r Ehepartner/-in oder Lebenspartner/-in Anspruch auf eine Rente aus dem Kapitalplan, sofern der/die überlebende Ehepartner/-in einen Anspruch auf eine entsprechende Rente aus dem Rentenplan hat. Die Bestimmungen von Art. 30 Abs. 2 bis Abs. 6 des Rentenplans sind analog anwendbar.

² Die jährliche Rente beim Tod einer versicherten Person beträgt 40% des im Zeitpunkt des Todes versicherten Lohns Risiko. Die jährliche Rente beim Tod eines Invalidenrentners/-in beträgt 60% der erloschenen Invalidenrente.

³ Der Bezug der Ehepartner- oder Lebenspartnerrente ist auch ganz in Kapitalform möglich. Eine entsprechende schriftliche Erklärung muss vor der ersten Rentenzahlung abgegeben werden. Der Kapitalbezug entspricht für den/die überlebende/-n Ehepartner/-in oder Lebenspartner/-in dem vorhandenen Guthaben auf dem Kapitalkonto. Mit dem Bezug des einmaligen Kapitalbetrags sind alle reglementarischen Ansprüche abgegolten.

Art. 55 Todesfallkapital

¹ Stirbt eine versicherte Person oder ein/eine Bezüger/-in einer Invalidenrente, so wird den Anspruchsberechtigten gemäss Art. 33 Abs. 2 ein Todesfallkapital ausbezahlt. Dies gilt auch beim Tod einer versicherten Person, welche die Altersleistungen gemäss Art. 26 Abs. 3 aufgeschoben hat. Die Bestimmungen von Art. 33 Abs. 3 und 4 des Rentenplans sind analog anwendbar.

² Das Todesfallkapital entspricht dem im Zeitpunkt des Todes vorhandenen Guthaben auf dem Kapitalkonto, abzüglich des Barwerts allfälliger Hinterlassenenleistungen (inkl. allfälliger Abfindungen) aus dem Kapitalplan. Der Barwert wird nach den versicherungstechnischen Grundsätzen der Pensionskasse ermittelt.

5. Austritt

Art. 56 Voraussetzung

Versicherte, welche die Pensionskasse verlassen, bevor ein Vorsorgefall eintritt, haben Anspruch auf eine Austrittsleistung.

Art. 57 Höhe der Austrittsleistung

¹ Die Austrittsleistung entspricht dem höchsten der folgenden Beträge

- den am Austrittstag vorhandenen Guthaben auf dem Spar-, Zusatz- und Kapitalkonto (Art. 15 FZG),
- dem Mindestbetrag gemäss Art. 17 FZG
- dem BVG-Sparguthaben.

Nach dem Austritt bis zur Überweisung der Austrittsleistung wird diese mit dem Mindestzins gemäss BVG verzinst. Hat die Pensionskasse die notwendigen Angaben für die Überweisung der Austrittsleistung, schuldet sie ab dem 30. Tag Verzugszins (Art. 2 Abs. 4 FZG).

² Muss die Pensionskasse Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen erbringen, nachdem sie die Austrittsleistung überwiesen hat, so ist ihr die Austrittsleistung soweit zurückzuerstatten, als diese zur Finanzierung der Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen nötig ist. Unterbleibt die Rückerstattung, so kürzt die Pensionskasse ihre Leistungen nach ihren versicherungstechnischen Grundsätzen.

Art. 58 Verwendung der Austrittsleistung

¹ Die Austrittsleistung wird zugunsten der ausgetretenen versicherten Person ihrer neuen Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz oder Liechtenstein überwiesen. Tritt die versicherte Person nicht in eine neue Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz oder Liechtenstein ein, ist die Austrittsleistung auf ein Freizügigkeitskonto bei einer Freizügigkeitseinrichtung in der Schweiz zu überweisen oder zur Bestellung einer Freizügigkeitspolice bei einer Versicherungsgesellschaft in der Schweiz zu verwenden. In diesem Fall ist eine Aufteilung der Austrittsleistung möglich, wobei folgende Begrenzung gilt: maximal zwei verschiedene Einrichtungen und ein einziges Freizügigkeitskonto bzw. eine einzige Freizügigkeitspolice pro Einrichtung.

² Die versicherte Person hat der Vorsorgeeinrichtung unverzüglich den Namen und die Zahlungsadresse der Einrichtung gemäss Abs. 1 mitzuteilen.

³ Bleibt die Mitteilung der versicherten Person über die Verwendung ihrer Austrittsleistung aus, wird die Austrittsleistung sechs Monate nach dem Austritt der versicherten Person aus der Pensionskasse an die Auffangeinrichtung überwiesen.

⁴ Auf schriftliches Verlangen der austretenden versicherten Person wird die Austrittsleistung bar ausbezahlt, wenn:

- a) die versicherte Person die Schweiz endgültig verlässt und dabei nicht in Liechtenstein Wohnsitz nimmt;
- b) die versicherte Person eine selbstständige Erwerbstätigkeit aufnimmt und der obligatorischen beruflichen Vorsorge nicht mehr unterstellt ist;
- c) die Austrittsleistung weniger als dem Jahresbeitrag der versicherten Person entspricht.

Unterliegt eine versicherte Person, welche die Schweiz oder Liechtenstein endgültig verlässt, weiterhin der obligatorischen Versicherungspflicht für die Risiken Alter, Tod und Invalidität in einem Mitgliederstaat der EU, in Island oder Norwegen, ist eine Barauszahlung der Austrittsleistung nur soweit möglich, als sie die gesetzliche Austrittsleistung gemäss BVG übersteigt. Die gesetzliche Austrittsleistung gemäss BVG wird nach Abs. 1 an eine Freizügigkeitseinrichtung nach Wahl der versicherten Person überwiesen.

⁵ Die versicherte Person hat die Unterlagen beizubringen, welche den von ihr geltend gemachten Barauszahlungsgrund belegen. Die Pensionskasse prüft die Anspruchsberechtigung und kann von der versicherten Person gegebenenfalls weitere Beweise verlangen.

⁶ Bei verheirateten versicherten Personen ist die Barauszahlung nur zulässig, wenn der/die Ehepartner/-in schriftlich seine/ihre Zustimmung zur Barauszahlung gegeben hat. Die Unterschrift ist auf Kosten der versicherten Person amtlich beglaubigen zu lassen. Nicht verheiratete Personen haben der Pensionskasse vor der Barauszahlung einen aktuellen Personenstandsausweis einzureichen.

6. Gemeinsame Bestimmungen zu den Leistungen

6.1 Koordination der Leistungen, Vorleistungen

Art. 59 Koordination der Leistungen

¹ Leistungen werden gekürzt, sobald sie zusammen mit anderen anrechenbaren Einkünften (siehe Abs. 2) 90% des mutmasslich entgangenen Verdienstes inkl. Familienzulagen bzw. 90% des Betrags, der bei einer Überentschädigungsberechnung unmittelbar vor Erreichen des Referenzalters als mutmasslich entgangener Verdienst zu betrachten war, übersteigen. Bestandteil des mutmasslich entgangenen Einkommens bildet der Durchschnitt der drei letzten variablen Vergütungen (Gratifikation) vor Eintritt der Arbeitsunfähigkeit bzw. des Todes. Die Pensionskasse kann zudem die Invalidenleistungen entsprechend den Bestimmungen von Art. 26a Abs. 3 BVG kürzen.

² Als anrechenbare Einkünfte im Sinne von Abs. 1 gelten:

- Leistungen der AHV und IV (und/oder in- und ausländischer Sozialversicherungen), mit Ausnahme von Hilflosenentschädigung, Abfindungen und ähnlichen Leistungen;
- Leistungen der obligatorischen Unfallversicherung;
- Leistungen der Militärversicherung;
- Leistungen einer Versicherung, an welche die Bank oder an ihrer Stelle die Pensionskasse mindestens 50% der Prämien bezahlt hat;
- Leistungen anderer Vorsorgeeinrichtungen und Freizügigkeitseinrichtungen sowie Leistungen der Pensionskasse;
- Leistungen eines haftpflichtigen Dritten und
- ein allfälliges tatsächlich erzielt oder zumutbarerweise noch erzielbares Erwerbs- oder Ersatzeinkommen (mit Ausnahme des Zusatzeinkommens, welches während der Teilnahme an Massnahmen zur Wiedereingliederung nach Art. 8a des IVG erzielt wird) sowie allfällige Leistungen der Arbeitslosenversicherung eines/-r Invalidenrentners/-in;
- ein durch ein Scheidungsurteil oder Urteil zur gerichtlichen Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft dem geschiedenen Ehegatten oder ehemaligen Partner zugesprochener Rentenanteil.

³ Die Einkünfte des/der überlebenden Ehepartners/-in, des/der Lebenspartners/-in und der Waisen werden zusammengerechnet. Falls die Leistungen der Pensionskasse gekürzt werden, werden alle Leistungen im selben Verhältnis gekürzt.

⁴ Allfällige Kapitaleistungen werden, basierend auf den versicherungstechnischen Grundlagen der Pensionskasse, in gleichwertige Renten umgerechnet.

⁵ Die Pensionskasse kann die Voraussetzungen und den Umfang einer Kürzung jederzeit überprüfen und ihre Leistungen anpassen, wenn die Verhältnisse sich wesentlich ändern.

⁶ Die Pensionskasse kann ihre Leistungen kürzen, wenn die versicherte Person bzw. die Anspruchsberechtigten den Tod oder die Invalidität der versicherten Person verschuldet haben oder die versicherte Person sich Eingliederungsmassnahmen der IV widersetzt. Die gesetzlichen Mindestleistungen gemäss BVG können nur dann verweigert oder gekürzt werden, wenn die AHV/IV eine Leistung kürzt, entzieht oder verweigert.

⁷ Die Pensionskasse gleicht Leistungsverweigerungen oder -kürzungen der obligatorischen Unfall- oder der Militärversicherung nicht aus, wenn diese die Leistungsverweigerungen oder -kürzungen nach Art. 21 ATSG, Art. 37 UVG, Art. 39 UVG, Art. 65 MVG oder Art. 66 MVG vorgenommen haben. Sie ist auch nicht verpflichtet, die Kürzung anderer Leistungen auszugleichen, die beim Erreichen des Referenzalters vorgenommen wird (so insbesondere gemäss Art. 20 Abs. 2^{ter} und 2^{quater} UVG und Art. 47 Abs. 1 MVG), sowie die Kürzung oder Verweigerung anderer Leistungen aufgrund von Verschulden.

⁸ Gegenüber einem Dritten, der für den Vorsorgefall haftet, tritt die Pensionskasse im Zeitpunkt des Ereignisses bis auf die Höhe der gesetzlichen Leistungen in die Ansprüche der versicherten Person bzw. der Anspruchsberechtigten ein. Im Übrigen kann die Pensionskasse von der versicherten Person bzw. den Anspruchsberechtigten verlangen, dass sie der Pensionskasse ihre Forderungen gegen haftpflichtige Dritte bis zur Höhe ihrer Leistungspflicht abtritt. Erfolgt die verlangte Abtretung nicht, ist die Pensionskasse berechtigt, ihre Leistungen auszusetzen.

Art. 60 Sicherung der Leistungen, Vorleistung

¹ Der Leistungsanspruch kann vor Fälligkeit weder verpfändet noch abgetreten werden. Vorbehalten bleiben Art. 63 und Art. 64.

² Der Leistungsanspruch darf mit Forderungen der Bank, welche diese der Pensionskasse abgetreten hat, nur verrechnet werden, wenn sie sich auf Beiträge beziehen, die der versicherten Person nicht vom Lohn abgezogen worden sind. Andere Forderungen der Pensionskasse dürfen mit dem fälligen Leistungsanspruch verrechnet werden.

³ Untersteht die Pensionskasse einer gesetzlichen Vorleistungspflicht, beschränkt sich ihre Vorleistung auf die Mindestleistungen nach BVG. Der Antragsteller hat nachzuweisen, dass er sich bei allen infrage kommenden Versicherungsträgern angemeldet hat und ein definitiver positiver Bescheid der IV vorliegt. Wird der Fall von einem anderen Versicherungsträger übernommen, hat dieser der Pensionskasse die bereits erbrachten Vorleistungen zurückzuerstatten. Hat ein anderer Versicherungsträger eine Vorleistung im Sinne des Gesetzes übernommen und steht fest, dass die Pensionskasse leistungspflichtig ist, erstattet sie die Vorleistung im Rahmen ihrer Leistungspflicht, jedoch maximal im Umfang der Mindestleistungen gemäss BVG, zurück.

6.2 Auszahlungsbestimmungen

Art. 61 Auszahlungsbestimmungen

¹ Die Renten werden in monatlichen Beträgen an die von der versicherten Person gemeldete Zahlungsadresse in der Schweiz, in einem EU- oder EFTA-Staat oder in einem Staat, der für die Zahlungsabwicklung den IBAN-Standard anwendet, überwiesen. Transaktionskosten gehen zu Lasten des Anspruchsberechtigten, sofern es sich um Zahlungen im überobligatorischen Bereich an EU-/EFTA-Staaten oder um Zahlungen an Drittstaaten handelt. Die Zahlungen der Pensionskasse erfolgen immer in Schweizer Franken.

² Der Rentenbetrag des Monats, in dem die Rentenberechtigung erlischt, wird voll ausbezahlt.

³ Beträgt zum Zeitpunkt des erstmaligen Rentenbezugs die jährliche Altersrente oder die bei voller Invalidität auszurichtende Invalidenrente weniger als 10%, die Ehepartner- oder Lebenspartnerrente weniger als 6% und eine Kinderrente weniger als 2% der Mindestaltersrente der AHV, wird anstelle der Rente eine einmalige Kapitalabfindung ausbezahlt. Die Kapitalabfindung wird, basierend auf den versicherungstechnischen Grundlagen der Pensionskasse, berechnet. Damit sind alle reglementarischen Ansprüche abgegolten.

⁴ Vorsorgeleistungen in Kapitalform werden mit Eintritt des Vorsorgefalles fällig, frühestens aber, wenn die Pensionskasse Kenntnis hat, wer anspruchsberechtigt ist, und wenn ihr die für die Überweisung notwendigen Angaben (einschliesslich einer geforderten Zustimmung des Ehegatten) vorliegen.

⁵ Die Auszahlung einer aufgrund dieses Reglements fälligen Leistung erfolgt ohne Zins innert 20 Tagen bzw. innert 35 Tagen bei vernachlässigten Unterhaltspflichten gemäss Art. 40 BVG, nachdem die Pensionskasse alle notwendigen Unterlagen erhalten hat.

⁶ Schuldet die Pensionskasse einen Verzugszins, entspricht dieser dem Mindestzins gemäss BVG, Art. 57 Abs. 1 bleibt vorbehalten.

6.3 Anpassung der laufenden Renten

Art. 62 Anpassung der laufenden Renten

Hinterlassenen- und Invalidenrenten gemäss BVG werden nach Massgabe von Art. 36 Abs. 1 BVG angepasst, wenn und soweit die gesetzlichen Mindestleistungen, einschliesslich der gesetzlichen Teuerungsanpassungen, die reglementarischen Leistungen übersteigen. Über eine allfällige Anpassung der laufenden reglementarischen Renten befindet die Verwaltungskommission nach Massgabe der finanziellen Möglichkeiten der Pensionskasse. Der Entscheid wird im Anhang der Jahresrechnung erläutert.

6.4 Ehescheidung und Finanzierung von Wohneigentum

Art. 63 Ehescheidung

¹ Der Vorsorgeausgleich bei Scheidung richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen des ZGB, OR, BVG, FZG, ZPO, IPRG sowie den entsprechenden Verordnungsbestimmungen.

² Muss im Rahmen einer Scheidung ein Anteil der Austrittsleistung der versicherten Person zugunsten des/der geschiedenen Ehepartners/-in übertragen werden, reduzieren sich die Guthaben der versicherten Person entsprechend. Dabei werden die Guthaben in der folgenden Reihenfolge reduziert:

- a) das Guthaben auf dem Zusatzkonto im Rentenplan;
- b) das Guthaben auf dem Kapitalkonto im Kapitalplan;
- c) das Sparguthaben im Rentenplan.

Es ist sinngemäss vorzugehen, wenn die Pensionskasse zugunsten des/der geschiedenen Ehepartners/-in einen Rentenanteil (allenfalls in Kapitalform) auszurichten hat.

Erhält eine versicherte Person infolge einer Schei-

derung einen Teil der Austrittsleistung seines/seiner geschiedenen Ehepartners/-in oder einen Rentenanteil, wird dieser Betrag in der umgekehrten Reihenfolge gutgeschrieben.

³ Wird infolge Scheidung eines/einer temporären Invalidenrentners/-in vor dem Referenzalter ein Anteil der Austrittsleistung zugunsten des/der geschiedenen berechtigten Ehepartners/-in übertragen, so führt dies zu einer Reduktion der Guthaben gemäss Abs. 2 und entsprechend tieferen Altersleistungen. Demgegenüber bleiben die im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens laufende Invalidenrente sowie allfällige (auch künftige) Invaliden-Kinderrente unverändert. Ist das bei Beginn der Invalidenrente erworbene Guthaben reglementarisch in die Berechnung der Invalidenrente eingeflossen, so wird die Invalidenrente gemäss den versicherungstechnischen Grundlagen der Pensionskasse und im maximal möglichen Betrag gemäss Art. 19 Abs. 2 und 3 BVV2 gekürzt.

⁴ Wird infolge Scheidung eines/einer Invalidenrentners/-in mit lebenslänglichem Anspruch auf Invalidenleistungen ein Anteil der Austrittsleistung zugunsten des/der geschiedenen Ehepartners/-in übertragen, so führt dies zu einer Reduktion der Guthaben gemäss Abs. 2 und einer nach den versicherungstechnischen Grundlagen der Pensionskasse festgelegten Kürzung der Invalidenrente im maximal möglichen Betrag gemäss Art. 19 Abs. 2 und 3 BVV2 (vorbehältlich der im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens bereits laufenden Invaliden-Kinderrente).

⁵ Wird infolge Scheidung eines/einer Alters- oder Invalidenrentners/-in nach dem Referenzalter ein Rentenanteil dem/der berechtigten geschiedenen Ehepartner/-in zugesprochen, reduzieren sich die Rentenleistungen der versicherten Person im entsprechenden Umfang. Der im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens laufende Anspruch auf Invaliden-Kinderrente oder Alters-Kinderrente bleibt unverändert. Allfällige Ansprüche auf Hinterlassenenleistungen berechnen sich auf den nach dem Vorsorgeausgleich noch effektiv ausgerichteten Rentenleistungen, vorbehältlich einer Waisenrente, welche eine vom Vorsorgeausgleich nicht berührte Kinderrente ablöst.

Der dem/der berechtigten geschiedenen Ehepartner/-in zugesprochene Rentenanteil löst keine weiteren Leistungsansprüche gegenüber der Pensionskasse aus. Die jährlichen Rentenzahlungen zugunsten der Vorsorge des/der berechtigten geschiedenen Ehepartners/-in bis zum 15. Dezember eines jeden Jahres werden mit der Hälfte des reglementarischen Zinssatzes verzinst. Die Pensionskasse

des/der verpflichteten geschiedenen Ehepartners/-in und der/die berechnete geschiedene Ehepartner/-in können anstelle der Rentenübertragung eine Überweisung in Kapitalform vorsehen. Wechselt der/die rentenberechtigte geschiedene Ehepartner/-in die Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung, so hat er/sie die rentenpflichtige Pensionskasse bis spätestens am 15. November des betreffenden Jahres darüber zu informieren.

⁶ Hat der/die rentenberechtigte geschiedene Ehepartner/-in Anspruch auf eine volle Invalidenrente oder hat er/sie das Mindestalter für eine vorzeitige Pensionierung erreicht, so kann er/sie die Auszahlung der lebenslangen Rente verlangen. Hat er/sie das Referenzalter erreicht, so wird ihm/ihr die lebenslange Rente ausgerichtet. Er/sie kann deren Überweisung in seine/ihre Vorsorgeeinrichtung verlangen, wenn er/sie sich nach deren Reglement noch einkaufen kann.

⁷ Tritt während des Scheidungsverfahrens der Vorsorgefall Alter ein oder erreicht ein/eine Invalidenrentner/-in das Referenzalter, so kürzt die Pensionskasse den zu übertragenden Teil der Austrittsleistung und die Rente gemäss ihren versicherungstechnischen Grundlagen und um den gemäss Art. 19g FZV maximal möglichen Betrag.

⁸ Die versicherte Person kann sich bis zum Betrag der übertragenen Austrittsleistung wieder einkaufen (vgl. Art. 21, Art. 38 und Art. 46). Die wieder einbezahlten Beträge werden im gleichen Verhältnis wie bei der Belastung gemäss Abs. 2 zugeordnet. Kein Anspruch auf Wiedereinkauf besteht im Falle der Scheidung eines Invalidenrentenbezügers.

Art. 64 Vorbezug oder Verpfändung zur Finanzierung von Wohneigentum

¹ Eine versicherte Person kann bis zum Referenzalter alle fünf Jahre einen Betrag zur Finanzierung für Wohneigentum zum eigenen Bedarf (Erwerb und Erstellung von Wohneigentum oder Rückzahlung von Hypothekendarlehen) zur Auszahlung geltend machen oder verpfänden. Versicherte, welche seit mehr als zwei Jahren gemäss Art. 11 freiwillig weiterversichert sind, können die Austrittsleistung für selbstgenutztes Wohneigentum weder vorbeziehen noch verpfänden.

² Im Einzelnen richten sich der Vorbezug und die Verpfändung nach den Bestimmungen von Art. 30a ff. BVG und von Art. 1 ff. WEFV.

³ Die versicherte Person kann mit einem schriftlichen Gesuch Auskunft über den Betrag, der ihr zur Finanzierung für Wohneigentum zur Verfügung steht, und die Leistungskürzung, die mit einem solchen Bezug verbunden wäre, verlangen. Die Pensionskasse macht

die versicherte Person dabei auf die Möglichkeit zur Deckung der entstehenden Versicherungslücken und auf die Steuerpflicht aufmerksam. Bei Bedarf vermittelt die Pensionskasse der versicherten Person eine Risikozusatzversicherung.

⁴ Macht die versicherte Person vom Vorbezug oder von der Verpfändung Gebrauch, hat sie die Vertragsdokumente über Erwerb oder Erstellung von Wohneigentum oder Amortisation von Hypothekendarlehen, das Reglement bzw. den Miet- oder Darlehensvertrag bei Erwerb von Anteilscheinen und die entsprechenden Urkunden bei ähnlichen Beteiligungen einzureichen. Bei der verheirateten versicherten Person ist zusätzlich die schriftliche Zustimmung des/der Partners/-in vorzulegen. Die Unterschrift ist auf Kosten der versicherten Person amtlich beglaubigen zu lassen.

⁵ Bei einem Vorbezug werden die Guthaben der versicherten Person in der Reihenfolge gemäss Art. 63 Abs. 2 und bei einer Rückzahlung in der umgekehrten Reihenfolge verwendet.

7. **Finanzielles Gleichgewicht, Teilliquidation**

Art. 65 Finanzielles Gleichgewicht

¹ Die Verwaltungskommission lässt jährlich durch einen/eine Experten/Expertin für berufliche Vorsorge eine versicherungstechnische Bilanz der Pensionskasse nach den Grundsätzen des Kapitaldeckungsverfahrens erstellen.

² Im Fall einer Unterdeckung gemäss Art. 44 BVV2 erlässt die Verwaltungskommission die für die Durchführung des von der Aufsichtsbehörde zu prüfenden Massnahmenkonzepts erforderlichen reglementarischen Grundlagen für Sanierungsmassnahmen. Als Sanierungsmassnahmen können im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben insbesondere vorgesehen werden: Sanierungsbeiträge von der Bank und den versicherten Personen, Sanierungsbeiträge von Rentnern/-innen, die Unterschreitung des BVG-Mindestzinses um höchstens 0,5% und der Verzicht der Bank auf die Verwendung ihrer Arbeitgeberbeitragsreserve. Die Erhebung von Sanierungsbeiträgen ist subsidiär zu anderen Massnahmen. Die Unterschreitung des BVG-Mindestzinses ist subsidiär zu den Sanierungsbeiträgen. Während der Dauer einer Unterdeckung kann der Zinssatz zur Berechnung der Austrittsleistung gemäss Art. 17 FZG auf den Zinssatz, mit welchem die Sparkapitalien verzinst werden, reduziert werden.

³ Die Bank kann im Fall einer Unterdeckung Einlagen in ein gesondertes Konto «Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht» vornehmen und auch Mittel der ordentlichen Arbeitgeberbeitragsreserve auf dieses Konto übertragen. Die Bank und die Pensionskasse treffen eine entsprechende schriftliche Vereinbarung. Die Einlagen dürfen den Betrag der Unterdeckung nicht übersteigen und werden nicht verzinst. Die Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht bleibt so lange bestehen, wie die Unterdeckung vorliegt.

⁴ Während der Dauer der Unterdeckung gemäss Art. 44 BVV2 kann die Pensionskasse die Auszahlung des Vorbezugs im Rahmen der Wohneigentumsförderung zeitlich und betragsmässig einschränken oder ganz verweigern, wenn der Vorbezug der Rückzahlung von Hypothekendarlehen dient.

Art. 66 Teilliquidation

Die Voraussetzungen und das Verfahren sind im Teilliquidationsreglement festgehalten.

8. Organisation und Verwaltung

Art. 67 Organe, Schweigepflicht und Datenschutz

¹ Die Organe der Pensionskasse sind:

- a) die Verwaltungskommission
- b) die Geschäftsführung

² Die Organe der Pensionskasse sowie alle mit der Verwaltung, Vermögensanlage und Kontrolle der Pensionskasse beauftragten Personen sind über die ihnen in dieser Eigenschaft zur Kenntnis gelangenden Informationen, welche die Bank betreffen, sowie über die persönlichen und finanziellen Verhältnisse der versicherten Personen und ihrer Angehörigen nach aussen und gegenüber Mitarbeitenden zu strengstem Stillschweigen verpflichtet. Diese Verpflichtung hat auch nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses Gültigkeit.

³ Die Personendaten der versicherten Personen, Rentenbezüger und ihrer Angehörigen werden unter Einhaltung der anwendbaren Datenschutzgesetze sowie Weisungen bearbeitet. Weitere Angaben zum Datenschutz finden Sie in der Datenschutzerklärung (www.pkzkb.ch).

Art. 68 Zusammensetzung der Verwaltungskommission

¹ Die Verwaltungskommission besteht aus mindestens acht und maximal zwölf Mitgliedern und maximal vier Ersatzmitgliedern, wobei jeweils die Hälfte der Sitze der Bank bzw. den versicherten Personen zusteht.

² Die Verwaltungskommission erlässt ein Wahlreglement, in welchem das Wahlverfahren festgehalten wird.

³ Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist möglich. Scheidet ein Mitglied der Verwaltungskommission vor Ablauf der Amtsdauer aus, übernimmt das Ersatzmitglied mit der höchsten Stimmenzahl bzw. das vom Bankrat bezeichnete Ersatzmitglied dessen Funktion bis zum Ende der laufenden Amtsdauer. Ist ein Mitglied der Verwaltungskommission an der Teilnahme an einer Sitzung oder der Beschlussfassung auf dem Zirkularweg verhindert, kann das erste und bei dessen Verhinderung das zweite Ersatzmitglied daran teilnehmen.

⁴ Die Verwaltungskommission konstituiert sich selbst, wobei der Präsident aus den Mitgliedern der Arbeitgebervertretung gewählt wird.

Art. 69 Aufgaben der Verwaltungskommission

¹ Zu den Aufgaben der Verwaltungskommission gehören insbesondere:

- a) Definition der Strategie und der Geschäftspolitik der Pensionskasse;
- b) Definition der Anlagestrategie der Pensionskasse;
- c) Festlegung der Organisation;
- d) Festlegung der Höhe des technischen Zinssatzes und der technischen Grundlagen;
- e) Erlass und Änderung der Reglemente (insb. Vorsorge-, Anlage-, Rückstellungs- und Teilliquidationsreglement) und Statuten;
- f) Bestimmung der Verwaltung, der Revisionsstelle und des/der Experten/Expertin für die berufliche Vorsorge sowie die Übertragung von Verwaltungskompetenzen;
- g) Abschluss der Risikorahmenverträge mit den Versicherungsgesellschaften;
- h) Erstellen und Genehmigen des Jahresabschlusses;
- i) Entgegennahme der Berichte der Verwaltung, der Revisionsstelle und des/der Experten/Expertin für berufliche Vorsorge;
- j) Vertretung der Pensionskasse gegen aussen;
- k) Bezeichnung derjenigen Personen, welche für die Pensionskasse rechtsverbindlich zeichnen. Die Zeichnungsberechtigten führen Kollektivunterschrift zu zweien;
- l) Berichterstattung an und Kontakt mit den Behörden;
- m) Beschlussfassung über Fusion und Liquidation der Pensionskasse und Antragstellung an die zuständige Behörde;
- n) Beschlussfassung über den Anschluss von mit der Bank wirtschaftlich verbundenen Unternehmen an die Pensionskasse;
- o) Gewährleistung der Erst- und Weiterbildung der Mitglieder der Verwaltungskommission in der Weise, sodass diese ihre Führungsaufgabe wahrnehmen können.

² Die Verwaltungskommission delegiert die laufenden Geschäfte an die Geschäftsführung der Pensionskasse. Die Aufgaben der Geschäftsführung sind in Art. 71 festgelegt.

³ Die Verwaltungskommission kann besondere Aufgaben auf spezielle Ausschüsse übertragen. Diese Übertragung wird schriftlich definiert und kann jederzeit widerrufen werden. Sie erlässt Anlagerichtlinien für die Vermögensverwaltung. Soweit Verwaltungshandlungen der Bank oder Dritten übertragen werden, bestimmt die Verwaltungskommission auch deren Kompetenzen.

Art. 70 Beschlussfassung der Verwaltungskommission

¹ Die Verwaltungskommission trifft sich nach Bedürfnis auf Einladung des Präsidenten. Jedes Mitglied der Verwaltungskommission kann beim Präsidenten schriftlich, mit Angabe der Traktanden, die Einberufung einer Sitzung verlangen. Jährlich finden mindestens zwei Sitzungen statt.

² Die Verwaltungskommission ist beschlussfähig, sofern mindestens sowohl drei von Arbeitgeberseite als auch drei von Arbeitnehmerseite gewählte Mitglieder oder deren Ersatzmitglieder anwesend sind. Die Verwaltungskommission fasst ihre Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit wird innerhalb der folgenden vier Monate zur Beschlussfassung eine neue Sitzung der Verwaltungskommission einberufen. Kommt infolge Stimmgleichheit erneut kein Bescheid zustande, so gilt das strittige Traktandum als abgelehnt.

³ Beschlüsse können auf dem Zirkularweg gefasst werden, wenn kein Mitglied der Verwaltungskommission die mündliche Beratung verlangt. Solche Beschlüsse bedürfen der schriftlichen Zustimmung aller Mitglieder der Verwaltungskommission.

⁴ Sämtliche Beschlüsse sind in einem Protokoll festzuhalten.

Art. 71 Die Geschäftsführung

¹ Zur Erledigung der laufenden Geschäfte bestimmt die Verwaltungskommission eine unter ihrer Aufsicht stehende Geschäftsführung. Diese nimmt an den Sitzungen der Verwaltungskommission mit beratender Stimme teil.

² Die mit der Geschäftsführung betrauten Personen sollten personell unabhängig von den Anbietenden von Anlagen und Dienstleistungen gegenüber der Pensionskasse sein. Sie müssen aufgrund ihrer Persönlichkeit, Ausbildung und Erfahrung zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben befähigt sein.

³ In Fällen, wo die Geschäftsführung nicht wirtschaftlich unabhängig von Anbietenden von Anlagen und Dienstleistungen ist, ist vertraglich oder reglementarisch eine Regelung zu treffen, die Kompetenzen, Verantwortlichkeiten, Unterstellungen und Kontrollen definiert, sodass Interessenkonflikte minimiert und deren Behandlung geregelt sind.

⁴ Der Geschäftsführung obliegt die Erledigung der laufenden Geschäfte der Pensionskasse im Rahmen dieses Vorsorgereglements, der Anlagerichtlinien sowie der Weisungen der Verwaltungskommission. Die Verwaltungskommission wahrt jederzeit die Oberaufsicht über die Pensionskasse und deren Geschäftsverlauf.

⁵ Die Geschäftsführung kann für einzelne Aufgaben und Pflichten einzelne oder mehrere Personen oder Institutionen beauftragen. Bei der Vergabe von Aufgaben und Pflichten an Personen oder Institutionen ist darauf zu achten, dass Interessenkonflikte ausgeschlossen sind und dass die mit diesen Aufgaben betrauten Personen oder Institutionen über die notwendige Erfahrung und Sachkenntnis verfügen.

⁶ Die Geschäftsführung kann die Führung der einzelnen Buchhaltungen, oder Teile davon, an andere Dritte übertragen.

⁷ Die Geschäftsführung hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Sie nimmt an den Sitzungen der Verwaltungskommission mit beratender Stimme teil.
- b) Sie erstellt die zur Beschlussfassung der Verwaltungskommission notwendigen Unterlagen.
- c) Sie vertritt die Pensionskasse nach aussen und führt die laufende Korrespondenz nach Massgabe ihrer Kompetenzen.
- d) Sie behandelt alle Geschäftsfälle.
- e) Sie besorgt den Verkehr mit den Versicherten und den Bezugsberechtigten.
- f) Sie ist verantwortlich für den Kontakt zu Behörden, Revisionsstelle, Experte/Expertin, Depotbanken und mit der Vermögensverwaltung beauftragten externen Stellen.
- g) Sie ist verantwortlich für die Führung der Buchhaltung und für die Ausstellung der erforderlichen Dokumente. Die Jahresrechnung wird dabei jeweils am 31. Dezember abgeschlossen. Die Rechnungslegung erfolgt nach den Bestimmungen von Swiss GAAP FER 26.
- h) Sie orientiert die Verwaltungskommission über besondere Vorkommnisse, welche ein Handeln der Verwaltungskommission erforderlich machen.

⁸ Aufgaben und Kompetenzen, welche durch das vorliegende Vorsorgereglement nicht explizit von der Verwaltungskommission an die Geschäftsführung übertragen werden, bleiben bei der Verwaltungskommission.

9. Informations- und Meldepflichten

Art. 72 Information der versicherten Personen

¹ Für jede versicherte Person wird beim Eintritt und in der Folge jährlich ein Vorsorgeausweis erstellt, der über die Höhe der Guthaben im Renten- und Kapitalplan und der versicherten Leistungen sowie der Beiträge an die Pensionskasse Auskunft gibt.

² Bei einer Abweichung zwischen dem Vorsorgeausweis und dem Vorsorgereglement ist das Vorsorgereglement massgebend.

³ Im Zeitpunkt der Heirat wird der versicherten Person ihre Austrittsleistung mitgeteilt. Im Fall eines Vorsorgeausgleichs bei Scheidung stellt die Pensionskasse dem Richter die dafür notwendigen Angaben zur Verfügung.

⁴ Bei der erstmaligen Fälligkeit sowie bei jeder Veränderung von Alters-, Invaliden- oder Hinterlassenenrenten erhalten die rentenbeziehenden Personen eine Bestätigung, auf der ihre Leistungen aufgeführt sind.

⁵ Die Pensionskasse informiert die versicherten und rentenbeziehenden Personen jährlich in geeigneter Form über den Geschäftsgang, die Jahresrechnung, die finanzielle Lage sowie die Organisation der Pensionskasse. Zusätzlich informiert die Pensionskasse die versicherten Personen jährlich in geeigneter Form über den maximal versicherten Lohn (Art. 18 Abs. 3) und die Verzinsung der Guthaben (Art. 24 Abs. 1, Art. 41 und Art. 49 Abs. 1). Auf Anfrage erteilt die Geschäftsführung der Pensionskasse den versicherten und rentenbeziehenden Personen zusätzlich weitere Auskünfte über den Stand ihrer Versicherung und die Geschäftstätigkeit der Pensionskasse.

⁶ Den versicherten und rentenbeziehenden Personen steht jederzeit das Recht zu, mündlich durch ihre Vertreter oder schriftlich der Verwaltungskommission Anregungen und Vorschläge, welche die Pensionskasse betreffen, zu unterbreiten.

Art. 73 Auskunfts- und Meldepflicht der versicherten Person

¹ Die versicherte Person hat der Pensionskasse bei ihrem Eintritt Einsicht in die Abrechnungen über die Austrittsleistungen aus früheren Vorsorgeverhältnissen zu gewähren. Die Pensionskasse kann die Austrittsleistungen auf Rechnung der versicherten Person einfordern.

² Die versicherte und rentenbeziehende Person sowie deren Hinterlassene sind verpflichtet, der Pensionskasse über alle für die Beurteilung des Vorsorgeverhältnisses wesentlichen Tatsachen vollständig und wahrheitsgetreu Auskunft zu geben. Änderun-

gen dieser Tatsachen sowie der Leistungen anderer Versicherungsträger sind spätestens innerhalb von vier Wochen der Verwaltung der Pensionskasse schriftlich und unaufgefordert mitzuteilen.

³ Die Pensionskasse lehnt jede Haftung für allfällige nachteilige Folgen ab, die sich aus einer Verletzung der Auskunfts- und Meldepflichten ergeben. Erwächst der Pensionskasse aus einer solchen Pflichtverletzung ein Schaden, kann die Verwaltungskommission die fehlbare Person hierfür haftbar machen.

⁴ Nach dem 18. Geburtstag haben Bezüger von Kinder- oder Waisenrenten jährlich zu Beginn des Schul- bzw. Studienjahrs zur Bestätigung ihres Anspruchs auf die Rente unaufgefordert einen Ausbildungsnachweis einzureichen.

⁵ Die Pensionskasse fordert zu hohe oder zu Unrecht bezogene Leistungen zurück, insbesondere bei Verletzung der Auskunfts- und Meldepflicht. Sie kann ihre Forderungen auch mit ihren Leistungen verrechnen.

10. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 74 Übergangsbestimmungen

¹ Für die vor dem 1. Januar 2024 entstandenen Rentenansprüche bleiben die bisherigen Regelungen anwendbar.

² Für Personen, welche per 1. Juli 2017 Anspruch auf eine Altersrente haben, beträgt die anwartschaftliche Ehegatten- bzw. Partnerrente 70% der laufenden Altersrente.

Für Personen, welche per 1. Juli 2017 sowohl Anspruch auf eine Invalidenrente als auch das 62. Altersjahr vollendet hatten, beträgt die anwartschaftliche Ehegatten- bzw. Partnerrente 70% der laufenden Invalidenrente.

Für Personen, welche per 1. Juli 2017 Anspruch auf eine Invalidenrente hatten aber per 1. Juli 2017 das 62. Altersjahr noch nicht vollendet hatten, beträgt die anwartschaftliche Ehegatten- bzw. Partnerrente beim Tod vor dem Referenzalter 70% und beim Tod nach dem Referenzalter 60% der laufenden Alters- bzw. Invalidenrente.

³ Die Leistungskürzungen und Überversicherungen werden grundsätzlich nach den aktuell gültigen Regelungen abgewickelt.

⁴ Für Invalidenrentner/-innen, deren Rente bei Erreichen des Referenzalters anhand des fortgeführten Sparkapitals neu berechnet wird, gilt für die Ausrichtung der Rente und die Sparbeitragsbefreiung das vorliegende Vorsorgereglement, d.h. insbesondere das Referenzalter 65. Für die Berechnung der Rentenhöhe bei Erreichen des Referenzalters ist der Umwandlungssatz gemäss dem im Berechnungszeitpunkt geltenden Vorsorgereglement massgebend.

⁵ Für Bezügerinnen und Bezüger einer Ehe- oder Lebenspartnerrente richtet sich das Anspruchsende nach den aktuell gültigen Regelungen. Für Personen, welche per 31. Dezember 2021 Anspruch auf eine Ehe- oder Lebenspartnerrente der Pensionskasse hatten, und die per 31. Dezember 2021 verheiratet oder in einer Partnerschaft (gleicher amtlicher Wohnsitz) waren, bewirkt dies keine Beendigung des Rentenanspruchs.

⁶ Geschiedene Ehegatten, denen vor dem 1. Januar 2017 eine Rente oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen wurde, haben Anspruch auf Hinterlassenenleistungen nach dem bis 31. Dezember 2016 gültigen Art. 20 BVV2.

⁷ Für versicherte Personen, welche seit dem 31. Dezember 2012 in der Pensionskasse versichert sind, entspricht die volle Invalidenrente mindestens der versicherten Invalidenrente per 31. Dezember 2012. Diese Besitzstandsgarantie wird aufgehoben, sobald die versicherte Person einen Vorbezug für Wohneigentum tätigt, ein Teil ihrer erworbenen Freizüigkeitsleistung infolge Scheidung ausbezahlt wird oder der versicherte Lohn sinkt.

Art. 75 Übergangsbestimmungen zur Rentenberechtigung

¹ Für Invalidenrentner mit Geburtsjahr 1966 und älter, deren Rentenanspruch vor dem 1. Januar 2022 entstanden ist, richtet sich die Rentenberechtigung nach den bis am 31. Dezember 2021 geltenden Bestimmungen der Pensionskasse.

² Für Invalidenrentner mit Geburtsjahr 1967 und jünger, deren Rentenanspruch vor dem 1. Januar 2022 entstanden ist, bleibt die bisherige Rentenberechtigung bestehen, bis sich aufgrund einer IV-Revision der Invaliditätsgrad in der beruflichen Vorsorge um mindestens 5%-Punkte ändert. Sollte die Anpassung der Rentenberechtigung jedoch bewirken, dass trotz Erhöhung des Invaliditätsgrads die Rentenberechtigung sinkt oder dass trotz Reduktion des Invaliditätsgrads die Rentenberechtigung steigt, bleibt die bisherige Rentenberechtigung weiterhin bestehen.

³ Für Invalidenrentner mit Geburtsjahr 1992 und jünger, deren Rentenanspruch vor dem 1. Januar 2022 entstanden ist, wird die Rentenberechtigung spätestens per 1. Januar 2032 gemäss Art. 34 Abs. 4 bestimmt. Sollte die Rentenberechtigung dadurch sinken, bleibt die bisherige Rentenberechtigung so lange bestehen, bis sich aufgrund einer IV-Revision der Invaliditätsgrad in der beruflichen Vorsorge um mindestens 5%-Punkte ändert.

Art. 76 Anwendung und Änderung des Vorsorgereglements

¹ Über Fragen, die durch dieses Vorsorgereglement nicht oder nicht vollständig geregelt sind, entscheidet die Verwaltungskommission im Rahmen der Gesetze sowie im Sinne des Vorsorgereglements.

² Das Vorsorgereglement kann jederzeit im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften von der Verwaltungskommission geändert werden. Für die Änderung von Bestimmungen mit finanziellen Folgen für die Bank, welche über die Vorschriften des BVG hinausgehen, ist die Zustimmung des Bankrates erforderlich.

³ Wird das Vorsorgereglement in andere Sprachen übersetzt, ist für dessen Auslegung der deutsche Text massgebend.

Art. 77 Rechtspflege

¹ Differenzen über die Anwendung oder Auslegung dieses Vorsorgereglements oder über Fragen, die durch dieses Vorsorgereglement nicht ausdrücklich festgelegt sind, sind durch die Gerichte gemäss den Vorschriften des BVG zu entscheiden. Gerichtsstand ist der schweizerische Sitz oder schweizerische Wohnsitz des Beklagten oder der Ort der Firma, bei welcher die versicherte Person angestellt wurde.

² Die betroffenen Personen haben das Recht, solche Streitigkeiten vorgängig der Verwaltungskommission zur gütlichen Regelung vorzulegen.

Art. 78 In-Kraft-Treten

Dieses Vorsorgereglement tritt am 1. Januar 2024 in Kraft. Es ersetzt alle bisherigen Statuten samt allfälligen Nachträgen.

Die Verwaltungskommission

Zürich, 27. November 2023

Anhang

A 1 Höhe der Beiträge im Rentenplan

(Vgl. Art. 20 und Art. 36)

Die Beiträge der Versicherten in % des versicherten Lohns:

Alter Jahre	Sparbeitrag Arbeitnehmer Standard	Sparbeitrag Arbeitnehmer Medium	Sparbeitrag Arbeitnehmer Budget
18–24	4,00	2,00	0,00
25–34	7,50	4,00	1,50
35–44	11,95	7,95	4,45
45–54	14,80	10,30	5,80
55–65	14,00	10,00	5,00
66–70	9,00	5,00	5,00

Die Beiträge der Bank in % des versicherten Lohns:

Alter Jahre	Sparbeitrag Bank	Risikobeitrag Bank	Beitrag Bank Total
18–24	4,00	1,00	5,00
25–34	7,50	1,00	8,50
35–44	14,05	1,00	15,05
45–54	22,20	1,00	23,20
55–65	21,00	1,00	22,00
66–70	9,00	0,00	9,00

A 2 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen auf das Sparkonto im Rentenplan

(Vgl. Art. 14, Art. 15 und Art. 21)

Die Höhe der zusätzlichen Einkaufssummen auf das Sparkonto entspricht höchstens dem Maximalbetrag gemäss nachstehender Tabelle, abzüglich des vorhandenen Sparkontos. Massgebend sind der zum Zeitpunkt des Einkaufs versicherte Lohn und der gewählte Sparplan. Der Höchstbetrag der Einkaufssumme reduziert sich um die Guthaben der Säule 3a, soweit diese die Grenze gemäss Art. 60a Abs. 2 BVV2 übersteigen, sowie um allfällige nicht in die Pensionskasse eingebrachte Austrittsleistungen. Bei versicherten Personen, welche bereits Altersleistungen aus der beruflichen Vorsorge beziehen oder bezogen haben, werden diese Leistungen an die Einkaufsmöglichkeiten angerechnet. Dem Versicherten wird empfohlen, die Steuerabzugsfähigkeit gegebenenfalls mit der zuständigen Steuerbehörde abzuklären. Die Pensionskasse kann diesbezüglich keine Verantwortung übernehmen.

Das Alter beim Einkauf entspricht am 1. Januar dem Kalenderjahr abzüglich des Geburtsjahrs. Bei unterjährigen Einkäufen wird die Höhe der möglichen Einkaufssumme aufgrund der seit dem 1. Januar vergangenen Monate berechnet. Zwischenwerte werden auf Monate genau linear interpoliert. Bei Einkäufen ab dem vollendeten 65. Altersjahr wird der Wert 65* verwendet.

Beispiel

50-jähriger Versicherter im Standardplan versichert

Versicherter Lohn	CHF 80'000
Vorhandenes Sparkonto	CHF 500'000
Maximalbetrag des Sparkontos	
$776,1\% \times \text{CHF } 80'000 =$	CHF 620'880
Maximal mögliche Einkaufssumme	
$\text{CHF } 620'880 - \text{CHF } 500'000 =$	CHF 120'880

Maximalbetrag des Sparkontos in % des versicherten Lohns:

Alter Jahre	Sparplan Standard	Sparplan Medium	Sparplan Budget
18	0,0	0,0	0,0
19	8,0	6,0	4,0
20	16,1	12,1	8,1
21	24,4	18,3	12,2
22	32,7	24,5	16,4
23	41,2	30,9	20,6
24	49,8	37,4	24,9
25	58,6	43,9	29,3
26	74,5	56,1	38,7
27	90,6	68,4	48,3
28	106,9	81,0	58,0
29	123,5	93,7	67,9
30	140,4	106,6	77,9
31	157,5	119,7	88,1
32	174,9	133,0	98,4
33	192,5	146,5	108,9
34	210,4	160,2	119,5
35	228,5	174,1	130,3
36	258,0	198,7	150,8
37	287,8	223,7	171,5
38	318,1	249,0	192,6
39	348,9	274,8	214,0
40	380,2	300,9	235,7
41	411,9	327,4	257,7
42	444,0	354,3	280,1
43	476,7	381,6	302,8
44	509,8	409,3	325,9
45	543,5	437,5	349,2
46	588,6	476,5	382,5
47	634,5	516,2	416,2
48	681,0	556,4	450,5
49	728,2	597,3	485,2
50	776,1	638,7	520,5
51	824,8	680,8	556,3
52	874,1	723,5	592,6
53	924,3	766,9	629,5
54	975,1	810,9	667,0
55	1'026,7	855,6	705,0
56	1'077,1	899,4	741,6
57	1'128,3	943,9	778,7
58	1'180,2	989,0	816,4
59	1'232,9	1'034,9	854,6
60	1'286,4	1'081,4	893,4
61	1'340,7	1'128,6	932,8
62	1'395,8	1'176,5	972,8
63	1'451,8	1'225,2	1'013,4
64	1'508,5	1'274,6	1'054,6
65	1'566,2	1'324,7	1'096,4
65*	1'580,8	1'337,4	1'107,0

A 3 Umwandlungssätze für verschiedene Pensionierungsalter

(Vgl. Art. 26, Art. 34 und Art. 52)

Zur Berechnung der Altersrente sind die folgenden Umwandlungssätze in % massgebend:

Alter Jahre	Jahrgang											
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
58								3,68	3,67	3,66	3,64	3,63
59							3,77	3,76	3,75	3,74	3,73	3,72
60						3,88	3,87	3,85	3,84	3,83	3,82	3,81
61					3,99	3,97	3,96	3,95	3,94	3,92	3,91	3,90
62				4,10	4,09	4,08	4,06	4,05	4,04	4,02	4,01	4,00
63			4,23	4,21	4,20	4,19	4,17	4,16	4,14	4,13	4,12	4,10
64		4,36	4,35	4,33	4,32	4,30	4,29	4,27	4,26	4,24	4,23	4,22
65	4,51	4,49	4,47	4,46	4,44	4,43	4,41	4,39	4,38	4,36	4,35	4,34
66	4,64	4,63	4,61	4,59	4,57	4,56	4,54	4,52	4,51	4,49	4,48	4,46
67	4,79	4,77	4,75	4,73	4,72	4,70	4,68	4,66	4,65	4,63	4,62	4,60
68	4,95	4,93	4,91	4,89	4,87	4,85	4,83	4,81	4,80	4,78	4,76	4,75
69	5,11	5,09	5,07	5,05	5,03	5,01	4,99	4,98	4,96	4,94	4,92	4,90
70	5,30	5,27	5,25	5,23	5,21	5,19	5,17	5,15	5,13	5,11	5,09	5,07

Die Umwandlungssätze werden unter Berücksichtigung des Geburtsjahres und des effektiven Alters bei der Pensionierung auf Monate genau interpoliert

Beispiel

Versicherter, Jahrgang 1960, Pensionierung im Alter 65

Vorhandenes Sparguthaben	CHF 600'000
Umwandlungssatz im Alter 65	
Jahrgang 1960	4,49%
Altersrente ab Alter 65	
4,49% von CHF 600'000	CHF 26'940

Die Umwandlungssätze basieren auf den technischen Grundlagen BVG2020 (Generationentafeln)/1,5%. Nach dem Erscheinen neuerer technischer Grundlagen werden diese voraussichtlich wieder durch die Verwaltungskommission angepasst. Auf Wunsch teilt die Geschäftsführung versicherten Personen, welche nach 1967 geboren wurden, ihre Umwandlungssätze gemäss den technischen Grundlagen BVG2020 (Generationentafeln)/1,5% mit.

A 4 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen auf das Zusatzkonto im Rentenplan

(Vgl. Art. 38)

Die Höhe des Einkaufs zur Finanzierung der vorzeitigen Pensionierung entspricht höchstens dem Maximalbetrag gemäss nachstehender Tabelle, abzüglich des vorhandenen Zusatzkontos. Massgebend ist der zum Zeitpunkt des Einkaufs versicherte Lohn. Der Höchstbetrag der Einkaufssumme reduziert sich um die Guthaben der Säule 3a, soweit diese die Grenze gemäss Art. 60a Abs. 2 BVV 2 übersteigen, sowie um allfällige nicht in die Pensionskasse eingebrachte Austrittsleistungen. Bei versicherten Personen, welche bereits Altersleistungen aus der beruflichen Vorsorge beziehen oder bezogen haben, werden diese Leistungen an die Einkaufsmöglichkeiten angerechnet. Dem Versicherten wird empfohlen, die Steuerabzugsfähigkeit gegebenenfalls mit der zuständigen Behörde abzuklären. Die Pensionskasse kann diesbezüglich keine Verantwortung übernehmen.

Das Alter beim Einkauf entspricht am 1. Januar dem Kalenderjahr abzüglich des Geburtsjahrs. Bei unterjährigen Einkäufen wird die Höhe der möglichen Einkaufssumme aufgrund der seit dem 1. Januar vergangenen Monate berechnet. Zwischenwerte werden auf Monate genau linear interpoliert. Im letzten Jahr (z.Bsp. im Alter 60 und einer Pensionierung im Alter 60) erfolgt keine Interpolation.

Maximalbetrag des Zusatzkontos in % des versicherten Lohns:

Alter Jahre	Einkauf						
	58	59	60	61	62	63	64
18	392,3	330,9	272,1	213,5	155,3	98,0	41,5
19	398,2	335,8	276,1	216,7	157,7	99,4	42,1
20	404,2	340,9	280,3	219,9	160,0	100,9	42,8
21	410,2	346,0	284,5	223,2	162,4	102,4	43,4
22	416,4	351,2	288,8	226,6	164,9	104,0	44,1
23	422,6	356,4	293,1	230,0	167,3	105,5	44,7
24	429,0	361,8	297,5	233,4	169,9	107,1	45,4
25	435,4	367,2	302,0	236,9	172,4	108,7	46,1
26	441,9	372,7	306,5	240,5	175,0	110,3	46,8
27	448,6	378,3	311,1	244,1	177,6	112,0	47,5
28	455,3	384,0	315,7	247,7	180,3	113,7	48,2
29	462,1	389,7	320,5	251,5	183,0	115,4	48,9
30	469,1	395,6	325,3	255,2	185,7	117,1	49,6
31	476,1	401,5	330,2	259,1	188,5	118,9	50,4
32	483,2	407,5	335,1	262,9	191,3	120,7	51,1
33	490,5	413,6	340,1	266,9	194,2	122,5	51,9
34	497,8	419,8	345,2	270,9	197,1	124,3	52,7
35	505,3	426,1	350,4	274,9	200,1	126,2	53,5
36	512,9	432,5	355,7	279,1	203,1	128,1	54,3
37	520,6	439,0	361,0	283,3	206,1	130,0	55,1
38	528,4	445,6	366,4	287,5	209,2	131,9	55,9
39	536,3	452,3	371,9	291,8	212,4	133,9	56,8
40	544,4	459,1	377,5	296,2	215,5	135,9	57,6
41	552,5	466,0	383,2	300,6	218,8	138,0	58,5
42	560,8	473,0	388,9	305,1	222,1	140,0	59,4
43	569,2	480,1	394,8	309,7	225,4	142,1	60,3
44	577,8	487,3	400,7	314,4	228,8	144,3	61,2
45	586,4	494,6	406,7	319,1	232,2	146,4	62,1
46	595,2	502,0	412,8	323,9	235,7	148,6	63,0
47	604,2	509,5	419,0	328,7	239,2	150,8	63,9
48	613,2	517,2	425,3	333,7	242,8	153,1	64,9
49	622,4	524,9	431,6	338,7	246,5	155,4	65,9
50	631,8	532,8	438,1	343,7	250,2	157,7	66,9
51	641,2	540,8	444,7	348,9	253,9	160,1	67,9
52	650,8	548,9	451,4	354,1	257,7	162,5	68,9
53	660,6	557,1	458,1	359,4	261,6	164,9	69,9
54	670,5	565,5	465,0	364,8	265,5	167,4	71,0
55	680,6	574,0	472,0	370,3	269,5	169,9	72,0
56	690,8	582,6	479,1	375,9	273,5	172,5	73,1
57	701,1	591,3	486,2	381,5	277,6	175,1	74,2
58	711,7	600,2	493,5	387,2	281,8	177,7	75,3
59		609,2	500,9	393,0	286,0	180,4	76,5
60			508,4	398,9	290,3	183,1	77,6
61				404,9	294,7	185,8	78,8
62					299,1	188,6	79,9
63						191,4	81,1
64							82,4

A 5 Freiwilliger Einkauf von Vorsorgeleistungen auf das Kapitalkonto im Kapitalplan

(Vgl. Art. 46)

Die Höhe der zusätzlichen Einkaufssummen auf das Kapitalkonto entspricht höchstens dem Maximalbetrag gemäss nachstehender Tabelle, abzüglich des vorhandenen Kapitalkontos. Massgebend ist der Sparbeitrag und der Durchschnitt der letzten drei versicherten Löhne Sparen (aktueller Lohn Sparen und die Löhne Sparen der beiden Vorjahre). Bei Neuaufnahme in den Kapitalplan ist der aktuelle versicherte Lohn Sparen massgebend. Im Folgejahr ist der Durchschnitt des aktuellen und vergangenen versicherten Lohn Sparen massgebend.

Der Höchstbetrag der Einkaufssumme reduziert sich um die Guthaben der Säule 3a, soweit diese die Grenze gemäss Art. 60a Abs. 2 BVV2 übersteigen, sowie um allfällige nicht in die Pensionskasse eingebrachte Austrittsleistungen. Bei versicherten Personen, welche bereits Altersleistungen aus der beruflichen Vorsorge beziehen oder bezogen haben, werden diese Leistungen an die Einkaufsmöglichkeiten angerechnet. Dem Versicherten wird empfohlen, die Steuerabzugsfähigkeit gegebenenfalls mit der zuständigen Steuerbehörde abzuklären. Die Pensionskasse kann diesbezüglich keine Verantwortung übernehmen.

Das Alter beim Einkauf entspricht am 1. Januar dem Kalenderjahr abzüglich des Geburtsjahrs. Bei unterjährigen Einkäufen wird die Höhe der möglichen Einkaufssumme aufgrund der seit dem 1. Januar vergangenen Monate berechnet. Zwischenwerte werden auf Monate genau linear interpoliert. Bei Einkäufen ab dem vollendeten 65. Altersjahr wird der Wert 65* verwendet.

Maximalbetrag des Kapitalkontos in % des versicherten Lohns:

Alter Jahre	Sparbeitrag			
	12%	15%	18%	24%
18	0,0	0,0	0,0	0,0
19	12,0	15,0	18,0	24,0
20	24,2	30,2	36,3	48,4
21	36,5	45,7	54,8	73,1
22	49,1	61,4	73,6	98,2
23	61,8	77,3	92,7	123,7
24	74,8	93,4	112,1	149,5
25	87,9	109,8	131,8	175,8
26	101,2	126,5	151,8	202,4
27	114,7	143,4	172,1	229,4
28	128,4	160,5	192,6	256,9
29	142,4	177,9	213,5	284,7
30	156,5	195,6	234,7	313,0
31	170,8	213,6	256,3	341,7
32	185,4	231,8	278,1	370,8
33	200,2	250,2	300,3	400,4
34	215,2	269,0	322,8	430,4
35	230,4	288,0	345,6	460,8
36	245,9	307,3	368,8	491,7
37	261,6	327,0	392,3	523,1
38	277,5	346,9	416,2	555,0
39	293,6	367,1	440,5	587,3
40	310,1	387,6	465,1	620,1
41	326,7	408,4	490,1	653,4
42	343,6	429,5	515,4	687,2
43	360,8	450,9	541,1	721,5
44	378,2	472,7	567,3	756,3
45	395,8	494,8	593,8	791,7
46	413,8	517,2	620,7	827,6
47	432,0	540,0	648,0	864,0
48	450,5	563,1	675,7	900,9
49	469,2	586,5	703,8	938,4
50	488,3	610,3	732,4	976,5
51	507,6	634,5	761,4	1'015,2
52	527,2	659,0	790,8	1'054,4
53	547,1	683,9	820,7	1'094,2
54	567,3	709,1	851,0	1'134,6
55	587,8	734,8	881,7	1'175,6
56	608,6	760,8	913,0	1'217,3
57	629,8	787,2	944,7	1'259,5
58	651,2	814,0	976,8	1'302,4
59	673,0	841,2	1'009,5	1'346,0
60	695,1	868,8	1'042,6	1'390,2
61	717,5	896,9	1'076,3	1'435,0
62	740,3	925,3	1'110,4	1'480,5
63	763,4	954,2	1'145,1	1'526,7
64	786,8	983,5	1'180,2	1'573,6
65	810,6	1'013,3	1'215,9	1'621,2
65*	834,8	1'043,5	1'252,2	1'669,6

